INTERIM

Nr. 482
26. August 1999

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM





























Vorwort

Also die Daheimgebliebenen sind gut drauf, verweilen nicht im Urlaub. Somit kommt nach kurzer Ein-Monats-Sommerpause die Interimausgabe termingerecht zum 26.8. heraus. Danach geht es im gewohnten 2-wöchentlichen Rhythmus erstmal weiter (nächste am 9.9.99).

Der Briefkasten war bis zum Rand gefüllt - ihr habt wohl auch nicht in der Sonne gelegen - prima! Doch dafür schwitzen wir jetzt bei frühherbstlich kühlen Temperaturen, weil wir natürlich nicht alles in dieser Ausgabe unterkriegen.

Über die jüngsten Ereignisse in Friedrichshain haben wir eine chronologische Zusammenfassung im Internet gefunden und mit reingenommen. Die Bullenangriffe werden aufs Schärfste verurteilt.

In diesem Heft sind zwei Texte, die noch einmal bekräftigen, dass Vergewaltiger auch in linken Zusammenhängen **nichts** zu suchen haben. Das sollte auch den Tresenleuten des Schnarup Thumby klar sein. Wenn sie sich nicht verhalten oder schlimmer noch, Vergewaltiger bewusst dulden oder „reintegrieren", brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn gegen sie, bzw. die Kneipe etwas unternommen wird. Deshalb unsere Aufforderung an das Schnarup Thumby: Verhaltet Euch! Zeigt, dass Ihr nicht bereit seid, Vergewaltiger und Sexisten in Eurer Kneipe zu dulden.

Zu der Gas-Sprühaktion: Bei uns gibt es noch ein paar offene Fragen: War die Aktion nicht etwas voreilig? Hatten die Kneipenleute in der Zwischenzeit überhaupt die Möglichkeit sich zu verhalten? (immerhin war die Plakatierungsaktion erst am Vorabend gewesen.) Außerdem muss bei solchen Aktionen eine Gefährdung von unbeteiligten Leuten, die sich in der Kneipe aufhalten, ausgeschlossen werden.

Die symbolische Aktion von Anti-Kriegs-Plakaten haben wir nicht veröffentlicht, weil der Name der betreffenden Person genannt wird und das in den bisherigen Stellungnahmen und Veröffentlichungen nicht der Fall war. Klärt das doch nochmal mit der betreffenden Person.

In der Stadt geht der Wahlkampf mit den Hochglanzplakaten los - viel Freude beim Verschönern

wünscht Euch
die Interim

Inhaltsverzeichnis:

Im Ordner:

Impressum
Herausgeberin: Interim e.v.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin



Ein Kurzfazit zum Grenzcamp '99 in Zittau

Nach den anfänglichen Schwierigkeiten konnten wir dann sonntags endlich mit dem eigentlichen Camp beginnen. Kurz zur Geschichte: der gepachtete Platz wurde uns aus Landschaftsschutzgründen verwehrt - ihnen wäre aber auch jeder andere Grund Recht gewesen -wir erhielten dann doch einen Platz, der unseren Bedürfnissen letztendlich viel mehr entsprach. Dieser Platz lag direkt an der Hauptverbindungsstraße nach Görlitz, wir waren dadurch ständig sichtbar und präsent, die Neißegrenze lag 3 Minuten von uns weg und wir konnten Zittau auch zu Fuß "erobern". Die Maßnahmen. die die Stadt und alle die vor Ort was zu sagen haben, gegen uns unternahmen, erwiesen sich letztendlich als Eigentor. Der Anfang gestaltete sich aber auch deswegen schwierig, weil es zwei sich an dem Punkt widersprechende Politikansätze gab: die einen wollten einen Platz besetzen und somit die Besetzung an sich auch schon zum Politikum machen, die anderen wollten die Problematik Grenze-Flucht-Migration-Rassismus wie geplant im Vordergrund haben und brauchten dafür einen Platz als Ausgangsbasis.Die Mehrheit war für letzteres, der Findungsprozeß war jedoch recht nervenaufreibend.
Über die Woche waren dann so ca. 500-600 Menschen durchschnittlich auf dem Camp, was erfreulich viel war. Die Zusammensetzung sehr heterogen, wesentlich verschiedener als beim letzten Camp, selbst etliche ZittauerInnen ließen sich blicken bzw. kamen sogar mit Zelt an.
Das Camp war Tagesgespräch in der Umgebung und auch in der örtlichen Medienlandschaft waren wir Thema. Überregional gab es kaum Interesse: es gab weder Tode noch Verletzte, noch Krawalle, Störung des Alltags durch Phantasie,Provokation, Präsenz und Diskussionen hat offensichtlich wenig Informationswert. Einzig die freien Radios , die es zahlreicher gibt als ich dachte und unsere unermüdlichen Computerfreaks, die täglich versuchten das Internet mit dem Neuesten zu beglücken und unser Campradio, ermöglichte Interessierten sich zu informieren und etliche kamen deswegen während des Camps auch noch später hinzu.
Zu den vielfach gelaufenen Aktionen und Aktivitäten wird es bestimmt noch ausführliche Berichte geben. Ich will nur noch kurz einiges aufgreifen wie z. B. die Binnenstruktur:
Geplant war eigentlich neben dem täglichenn großen Plenum eine Delistruktur, die wurde jedoch anfangs von einigen wirksam boykottiert, so daß sie erst Anfang der Woche aufgebaut wurde. Wir haben alle keine Übung mehr (in Bewegungszeiten war das anders, aber das ist nun mal leider schon lange her) mit sovielen Menschen zu planen, zu kommunizieren, zu entscheiden und das alles im Konsensprinzip! Eine funktionierende Delistruktur braucht natürlich auch eine funktionierende Basis, sprich Gruppen, die sich verstehen und streiten können, auch das ist in unserer linksradikalen Landschaft nur noch rudimentär vorhanden. Selbst von unserem Vorbereitungskreis, der eigentlich aus 21 Städten bestand, war auf dem Camp kaum noch was zu sehen. Erst ab Mitte des Camps gab es endlich eine angenehmere Kommunikation über das sog. Deliplenum und auch die Großplenas mit mehreren Hundert Leuten waren nicht nur Tummelplatz für einfach mal ins Plenum eingeworfener Gedanken.Ich fand diese 9 Tage in der Beziehung ein unglaublich spannendes Experimentierfeld, auch wenn ich zweimal vor lauter Genervtheit kurz vor der Abreise stand. Die Analyse der abgelaufenen Prozesse bedarf jedenfalls einer besonderen Auswertung.
Einen großen Kritikpunkt muß ich allerdings noch loswerden: die erste Hälfte des Camps war geprägt von großem konsumistischen Verhaltens. Eigenverantwortung in einer Selbstverständlichkeit scheint außer Mode gekommen zu sein, der gesellschaftliche mainstream hat auch vor "uns" nicht Halt gemacht. Eigentlich sind wir doch immer so großartig in unsrer politischen Analyse, die da heißt, wir sind nicht nur Opfer, sondern können die Entwicklung durchaus auch selbst mit in die Hand nehmen. Wir als Vorbereitungsgruppe wollten lediglich den Rahmen und die Mobilisierung stellen, die inhaltliche und praktische Gestaltung des Camps lag in den Händen aller. Einzige Ausnahme war die hervorragende Vokü aus dem Wendland (an dieser Stelle nochmals viel LOB und ANERKENNUNG), die Mithilfe hierbei funktionierte vorbildlich.
Mehr politische Debatten und auch strategischere Perspektivdiskussionen waren im Vorfeld mehr erhofft gewesen. Es liefen einige parallel dazu, der Schwerpunkt war aber auch dieses Jahr eindeutig die politische Aktion nach außen. Schade auch, mit so vielen verschiedenen Menschen wäre es auch eine gute Chance gewesen, strategisch ein paar Zentimeter weiterzukommen, andererseits hatte der Autonomiekongreß 1995 mit 2000 TeilnehmerInnen , der als solches gedacht war, die erwünschten Zentimeter auch nicht gebracht.
Meine Einschätzung ist die, daß es uns in so bewegungsarmen und ohnmachtsgefüllten Zeiten mehr bringt, wenn wir (damit meine ich durchaus diese heterogene Mischung, wie sie im Camp war) uns gebündelter auf wenige Regionen und/oder Ereignisse konzentrieren, diese nach innen als Experimentierfeld begreifen, wo wir uns in der praktischen Umsetzung unserer schwammig formulierten Utopien üben und nach außen zumindest in kleinsten Schritten in puncto Gegenmacht bewegen. Zittau hatte zumindest gezeigt, daß wir eine braune und stockkonservative Gegend durcheinanderwirbeln können, den Jugendlichen vor Ort die Erfahrung ermöglichten, daß es auch nazifreie Tage gibt, bzw. zu zeigen, daß es geht, die einzuschüchtern.
Ein weiteres Ansinnen war, Andersdenkende zu unterstützen. Durch die praktische Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen vor Ort gründete sich nun eine Initiative, die die Forderung nach Schließung des Flüchtlingsheims, unterstützt. Mehr Aufbau und Zusammenarbeit war, glaube ich , auch nicht möglich, weil wir im Vorfeld sehr ignorant und undifferenziert mit den örtlichen Gegebenheiten umgingen. Für ein nächstes Mal- wo auch immer - erhoffe ich mir einen Lernprozeß unsererseits.
Die 9 Tage und die ganze Vorbereitungszeit wollte ich in keinster Weise missen - im Gegenteil, trotz Nerv und Totalerschöpfung habe ich aufgetankt - auch wenn sich das jetzt pathetisch anhört - anyway!

Eine vom Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.T.E.E.

Sächsisches Staatsministerium des Inneren
Staatsminister Klaus Hardraht
Archivstraße 1, 01097 Dresden, Postanschrift: 01095 Dresden, Telefon: (03 51) 5 64-0
Pressesprecher: Anita Lausecker, Telefon und Btx/T-Online: (03 51) 5 64-30 40, Telefax: (03 51) 5 64-30 49

An alle Haushalte

23.07.1999

Vorabinformation des Innenministeriums

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zittau,

auf erneuten Antrag der deutschen Vertriebenverbände im Bundestag wurde die deutsche Ostgrenze neu vermessen. Die Neuvermessung im Raum Zittau hat ergeben, daß die auf der Konferenz von Jalta festgelegte Grenze nicht dem tatsächlichen Grenzverlauf entspricht. Der gültige Grenzverlauf zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland befindet sich 5,24 Kilometer westlich von Zittau. Die Stadt Zittau befindet sich auf dem Staatsgebiet der Republik Polen. Auf der Innenministerkonferenz der Europäischen Union am 3. Juni 1999 in Köln einigte man sich darauf, eine deutsch - polnische Enquetekommission einzusetzen, die die Übergabe der Stadt Zittau an die Republik Polen vorbereiten und koordinieren soll.
Um eine rasche, unbürokratische und bürgernahe Abwicklung zu gewährleisten, ist unser Ministerium beauftragt worden, Sie über die anstehenden Veränderungen zu informieren.

1. Zittau wird ab dem 1. Januar 2002 den polnischen Verwaltungsbehörden unterstellt.
2. Für alle Einwohner Zittaus erlischt mit diesem Datum die deutsche Staatsangehörigkeit.
3. Bis zum 1. März 2001 muß die polnische Staatsangehörigkeit beantragt werden. Für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit sind Kenntnisse der polnischen Sprache in Wort und Schrift nachzuweisen.
4. Eine doppelte Staatsbürgerschaft kann von der Bundesregierung in keinem Fall gewährt werden.

Um Ihnen die Integration in die polnische Gesellschaft zu ermöglichen, bietet unsere Behörde kostengünstige Sprachkurse an. Weitere integrative Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden vorbereitet.
Unsere Behörde bedauert diese Entwicklung und bittet um Ihr Verständnis, daß Sie erst zu diesem späten Zeitpunkt informiert werden konnten. Genauere Informationen erhalten Sie innerhalb der nächsten Wochen auf dem Postweg.

Mit freundlichen Grüßen

Freistaat Sachsen

Peter Schauber
Staatssekretär des Inneren

Vergewaltiger raus aus linken Zusammenhängen, Strukturen und Räumen

Weil ein Vergewaltiger für alle FrauenLesbenMädchen eine Bedrohung ist und Vergewaltigung keine Einzeltat ist, sondern System hat, werden wir es nicht zulassen, daß immer wieder als Vergewaltiger geoutete Typen nach längerer (oder meist) kürzerer Zeit in die Szene reintegriert werden.
Einer von ihnen ist Florian Jürgensen .
Er hält sich in letzter Zeit wieder in Berlin und im Friedrichshainer Kiez auf. Mit Hilfe seiner FreundInnen und GenossInnen (TäterschützerInnen), versucht er erneut in seinen (ehemaligen ??) Strukturen Fuß zu fassen.
Laßt uns ihm den Boden unter den Füßen wegziehen!!!!!!

Kein Vergeben – Kein Vergessen
Haut Sexisten auf die Fressen!

BIG SISTERS ARE WATCHING YOU!

Antifa heißt mit Vergewaltigern saufen ?!

Florian Jürgensen, ein im Februar 1999 geouteter Vergewaltiger aus Berlin, tauchte vor ca. vier Wochen am Antifa-Tag der AAB (immer Dienstags) im Schnarup Thumby (eine Kneipe in Berlin-Friedrichshain, Scharnweberstr. 38) mindestens einmal auf.
Anstatt sofort rausgeschmissen zu werden, konnte er dort problemlos, in gemütlicher Runde, sein Bier trinken. Es war nicht so, daß er nicht erkannt wurde, sondern sein altes (?) Umfeld reintegrierte ihn.

Das ist aktiver Täterschutz!!!

Dieses Verhalten widerspricht jeglicher emanzipatorischen linken Politik!

Es ist genug diskutiert worden! Die AAB wurde schon viel zu oft aufgefordert, sich mit Vergewaltigung und Täterschutz auseinanderzusetzen. Ihr Verhalten zeigt eindeutig, daß sie sich mit dem Täter solidarisieren.
Wir haben keinen Bock mehr, uns an Euch abzuarbeiten! Wir diskutieren nicht mehr, sondern handeln.
Deshalb haben wir, eine Gruppe von FrauenLesben, das Schnarup Thumby am Dienstagabend, den 27. 7. 1999 angegriffen. Nachdem wir einen Stapel Flugblätter reingeworfen hatten, feuerten wir mehrere Schüsse mit CS- und Pfeffergas ab, wobei wir bewußt auf den Fußboden zielten.
Auf den Flugblättern war folgender Inhalt: „Unter Eurer Kundschaft befindet sich mindestens ein Vergewaltiger. Florian Jürgensen ist nicht nur wieder in Berlin, sondern auch in eurer Kneipe gewesen. Daß er nicht rausfliegt, sondern sich in Eurer Mitte platziert, zeigt, daß ihr TäterschützerInnen seid. Wenn ihr das nicht ändert, kommen wir öfter vorbei. Täterschützer und Vergewaltiger wir kriegen Euch.
Wir kastrieren auch ohne Chipkarte".

Mit dem Gas wollten wir bezwecken, daß die Kneipe zumindestest an diesem Abend schließen muß.

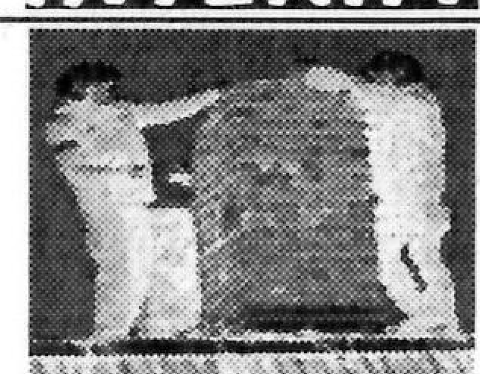
Wir sind uns darüber bewußt, daß es Kritik an der Form unserer Aktion geben wird, doch wir finden es gerechtfertigt, Gas nicht nur gegen Faschokneipen, sondern auch gegen Vergewaltigerkneipen einzusetzen.
Von den an dem abend anwesenden GästInnen kann keineR behaupten, ungerechterweise Gas abbekommen zu haben. Denn andere FrauenLesben hatten in der vorherigen Nacht die Kneipe plakatiert und folgenden Spruch (der dort noch immer steht) direkt vor den Eingang gesprüht: Achtung: Vergewaltiger und Täterschützer trinken hier!

Sie hatten auch den Hausflur des Schnarup Thumby plakatiert und mit folgenden Sprüchen besprüht: Vergewaltiger wir kriegen Euch!, Florian Jürgensen ist und bleibt ein Vergewaltiger!, Sexisten auf`s Maul!, Hier patroulliert die FrauenLesben-Miliz!

Doch bereits am folgenden Abend waren die Parolen im Hausflur vom Haus-/Kneipenkollektiv (?) entfernt worden.
Wir folgern daraus, daß sich dieses nicht hinter den Inhalt der Parolen stellen kann.

FrauenLesben organisiert Euch!
Keinen Fußbreit den Sexisten!
Wenn wir die BeHERRschung verlieren, haben wir schon fast gewonnen!

Schlagt-die-Sexisten-wo-ihr-sie-trefft-GmbH





Wer stört hier die Ruhe?!

In den letzten Wochen und Tagen kam es im Berliner Bezirk Friedrichshain des öfteren zu massiven Polizeieinsätzen. Begründet wurde dies meist mit „Ruhestörung“. Wie aus zuverlässigen Quellen bekannt wurde, existiert ein Amtshilfeersuchen des Umweltamtes an die Berliner Polizei, worin die Polizei gebeten wird, bei Lärmbelästigungen aus der Rigaer Straße 83/84 sofort in die Häuser reinzugehen und die Anlage zu beschlagnahmen. Seit dem 9.8. gibt es die Auflage für die Rigaer Straße 83/84 von 20°° bis 7°° keine Tonträger und Musikinstrumente abzuspielen (OT), sowie nicht laut zu streiten, Flaschen zu werfen und Hunde bellen zu lassen.

Dienstag auf Mittwoch, 3./4.8.99: Die Bullen drangen durch Eintreten der Hoftür in die Rigaer Straße 84 ein, ohne um Einlaß zu bitten, obwohl der Lautsprecheraufforderung, die „laute“ Musik auszumachen, längst Folge geleistet wurde. Obwohl die Beamten bestätigten, daß im Haus kein Lärm ist, beschlagnahmten sie auf Befehl des Einsatzleiters eine ausgeschaltete Musikanlage aus einem dunklen leeren Zimmer, dessen Türe zufällig nicht abgeschlossen war. Währenddessen ging nun im Nachbarhaus (Rigaer 83) wirklich Musik an. Ein kleiner Cassettenrecorder wurde ins Fenster gestellt. Mittlerweile waren auch schon mehrere Menschen gekommen, um zu schauen, was der Bullenaufmarsch sollte. Letztendlich standen den 200 Personen etwa 100 Bullen gegenüber. Unter brutaler Gewaltanwendung wurde dann die Straße geräumt, wodurch sich Rangeleien mit den Bullen entwickelten. Die gegenüberliegende unbeteiligte Cocktailbar wurde auch in die Bullenaktion mit einbezogen, was natürlich in der polizeilichen Pressemitteilung nicht erwähnt wurde. Durch die Provokation der Bullen flogen dann auch Flaschen und Steine, meist auf abfahrende Wannen. Insgesamt sollen sieben Bullen verletzt worden sein. Wahrscheinlich sind die Bullen gestolpert, als sie in die Menge reingerannt sind. Jeder wollte ja als erster reinprügeln. Von den zehn Festgenommenen soll einer noch immer im Knast sitzen.

Donnerstag, 5.8.99: Spät abends fuhren zwei Six-Packs vor die Rigaer Straße 94. Die Hemdbullen wollten eine Ruhestörung unterbinden. Doch leider war nichts zu hören. Auch beim zweiten Besuch war es ruhig. Trotzdem standen kurz später fünf Six-Packs, zwei Wannen und eine Zivi-Gurke vor dem Haus. Zweimal rannten etwa zwanzig Bullen mit Helm und einer riesigen Brechstange auf den Hof, um nach fünf Minuten wieder erfolglos rauszukommen. Sie waren wohl die einzigsten, die da die Ruhe störten. Nach etwa einer Stunde war der Spuk auch schon wieder vorbei.

Montag, 9.8.99: In der Rigaer Straße 94 fand ein tolles Punk-Konzert statt. Nachdem sie in den Tagen zuvor ja schon wegen „Ruhestörung“ durch den Kiez gerockert sind, hielten sie sich diesmal erstaunlich zurück. Ein Zivi-Wagen parkte in Sichtweite und nur selten schlich mal ein Six-Pack durch die Straße. Doch die Ruhe trügte: Als das Konzert zu Ende war (die Musik war auf der Straße übrigens nicht zu hören), bog eine Wanne nach der anderen vom Bersarinplatz her in die Rigaer Straße. Die 18 (!) Wannen hielten an, die Weißbehelmten sprangen heraus und rannten in den Hof der Rigaer 94. Dann das übliche Spielchen: Leute rumschubsen, Anlage beschlagnahmen, Platzverweise erteilen.

Mittwoch, 11.8.99: So gegen 17.00 Uhr sperrten zwei Wannen die Rigaer Straße zwischen Proskauer und Gabelsberger Straße. In der Proskauer Straße stand der Rest des Fuhrparks, weitere acht Wannen sowie ein LKW mit großer Ladefläche. Die Insassen waren aber schon tätig. Durch die Proskauer 11 gelangten sie auf die Dächer und schleppten ohne Ende Steine herunter. Bei solchen Aktionen soll sich wohl der Nachbar denken, die BewohnerInnen seien gefährlich und haben Steine auf das Dach geschleppt, um sie auf die Bullen zu werfen. Fotos beweisen jedoch, die Bullen haben einfach Schornsteine abgerissen, um die Steine als Beweismittel zu präsentieren. Es gibt auch die Info, daß sich am Tag zuvor schon Bullen die Dächer angeschaut haben sollen.
Mittlerweile gleicht der Kiez rund um die Rigaer Straße einem grün-weißen Truppenübungsplatz. Tag und Nacht schleichen die Wannen und Ziviwagen durch die Straßen. Häuser werden mit Taschenlampen abgeleuchtet. Es herrscht mal wieder Ausnahmezustand im Kiez. Das kennen wir ja schon.

Dienstag, 17.8.99: Nachts dringen Bullen in die Rigaer Straße 84 ein und entfernen ein Transparent mit der Aufschrift 'Deutschland denken, heißt Auschwitz denken'. Schon einen Tag später hängen aus mindestens acht Häusern Transparente mit der gleichen Aufschrift.

Mittwoch, 18.8.99: Um 20.00 Uhr fand am Bersarinplatz eine Demo unter dem Motto „Gegen nächtliche Ruhestörung“ statt. 400-500 Leute zogen mit Trillerpfeifen oder anderen Lärminstrumenten durch den Kiez. Die Leute hatten jeden Menge Spass! Die Bullen kurvten jedoch noch die ganze Nacht durch die Rigaer Strasse. Gegen Mitternacht hielten zwei Wannen bei der Liebigstrasse, die Bullen steckten eine Leiter zusammen, kletterten an einen Balkon im ersten Stock der Liebig 14 und rissen ein Transparent mit der Aufschrift Deutschland denken heisst Auschwitz denken herunter. Na, sie werden damit nur erreichen, dass für jedes geklaute Transpi zehn neue rausgehängt werden.

Heraus ihr vaterlandslosen Gesellinnen und Gesellen zum Anti-Kriegs-Tag am 1.September 1999



Am 1.9.99 jährt sich zum 60. Mal der Beginn des zweiten Weltkriegs. Eines Krieges, der in seiner Dimension einmalig, dessen durch Deutsche begangene Verbrechen unübertroffen in der Geschichte sind.
60 Jahre nach Beginn dieses Krieges stehen deutsche Truppen als Sieger im ersten deutschen Protektorat auf osteuropäischem Boden nach 1945 und symbolisieren dort das endgültige Ende der Nachkriegsordnung und zugleich den ersten Sieg im erneuten Anlauf zur Weltmacht.
Die BRD - seit den 50er Jahren "ökonomisch ein Riese, militärisch ein Zwerg" - versucht seit dem Ende des "Kalten Krieges" und der deutschen Wiedervereinigung vor knapp zehn Jahren diesen Makel endgültig zu beseitigen. Um das zu erreichen bedurfte es - erstens der Relativierung und Instrumentalisierung der vergangenen Verbrechen für die Gegenwart
- zweitens der Einordnung deutscher Interessen in einen größeren Verbund wie die NATO um
-last but not least die Legitimation für den gegenwärtigen Aufbau und zukünftigen eigenständigen weltweiten Einsatz der Bundeswehr-Krisenreaktionskräfte zu schaffen. **diese ziele wurden eindeutig erreicht.**

Innenpolitisch gelang der neuen rot-grünen Regierung dabei das Meisterstück, Volker Rühes nicht so elegante "Verteidigungspolitische Richtlinien" von 1992 moralisch zu ummanteln. Aus Rühes "Vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands", die in der "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" liegen, wurden bei ex-Sponti und nunmehrigem Außenminister Fischer eine "aktive Menschenrechtspolitik der Bundesregierung" als "Ausdruck einer wertorientierten Außenpolitik".
So wurde in diesem Krieg, in dem es zuallerletzt um Rohstoffe, Pipelines oder billige Arbeitskräfte ging, mit moralischer Ummantelung die Grundlage für künftige Expeditionen geschaffen, wenn es dann vielleicht doch wieder um Rohstoffe, Pipelines usw. geht.
Die Hemmschwelle zum militärischen Eingreifen "als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" ist durch den Kosovo-Krieg gesenkt worden, der Kriegsfall als Normalfall im Inneren relativ widerspruchsfrei durchexerziert worden.

morden wegen auschwitz Mit der perfiden Begründung wegen der deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus als Lehre daraus nun neue Verbrechen begehen zu müssen, um noch größere Verbrechen ausgemachter Despoten zu verhindern, wurden hier die Reste einer ehemals starken "Friedens"bewegung demoralisiert und marginalisiert. Eine offenkundig blödsinnige Argumentation, die Holocaust-Überlebende in einem offenen Brief an Scharping und Fischer treffend als "neue Art der Auschwitz-Lüge" zur Legitimation des deutschen Kriegseinsatzes bezeichneten.
Zu solch wachsamer Analyse ist die überwiegende Mehrheit der einstmals Friedensbewegten hierzulande offenbar nicht fähig, was einerseits viel über den gegenwärtigen Bewusstseinszustand dieser "Subjekte" vergangener Kriegsgegnerschaft aussagt, aber andererseits nach den inhaltlichen Grundlagen der "Friedensbewegungen" in den frühen 80ern und 90ern fragen läßt. Offenbar war hier die Sorge um den »atomaren Holocaust« mit und auf deutschem Blut und Boden doch die größte Sorge.
Unsere größte Sorge ist allerdings folgende: Der Golfkrieg 1991 und der Kosovo- Krieg 1999 haben den kriegsbegleitenden Deutschen aller Kategorien gezeigt: Keine SS-20 Rakete pflügt den eigenen Vorgarten, Keine brennende Ölquelle in Nahost klaut den Biotomaten die Sonne, kein deutscher Tornado-Pilot kommt in der wohlverdienten Zinkkiste zurück.
Die Friedensbewegten von 1980 schauen neuerdings *ihren* Friedenstruppen in olivgrüner Uniform zu Hause im Fernsehen zu.

Radikale KriegsgegnerInnen stehen deshalb heute ziemlich allein, mit ihnen ist und das ist gut so, kein Staat zu machen, am wenigsten dieser. Nicht zuletzt die Sehnsucht vieler Linker nach einem besseren Deutschland, hat Fischer, Scharping und Co erst die Knarre und den Tornado in die Hand gedrückt. Ein klarer antimilitaristischer und antifaschistischer Standpunkt schließt einen imperialistischen Krieg zur Durchsetzung angeblich positiver "westlicher Werte" im allgemeinen und in Deutschland im Besonderen aus. Aber zum Beispiel die sehr effektive Störung des Bundeswehrgelöbnisses in Berlin durch AntimilitaristInnen aus verschiedensten Spektren hat gezeigt, daß auch in flauen Zeiten einer gesellschaftlichen Rechtsentwicklung nicht alles widerspruchslos hingenommen werden muß.

Kampf den deutschen Zuständen

In diesem Sinne rufen wir zum Anti-Kriegs-Tag am 1.9.99 um zum antifaschistischen und Antimilitaristischen Block auf der Bündnissdemo der Friedenskoordination am Rosa-Luxemburg-Platz auf.

antinatogruppe, august 1999

Kontakt: c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf von der Bremer Senatsbank?

Bremens Bürgermeister Henning Scherf weiß offensichtlich nicht, was er will. Erst erklärt er seine Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und setzt sich für das Leben und die körperliche Unversehrtheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan ein. Fordert einen Abschiebestopp in die Türkei und die Aufhebung des PKK-Verbots. Darüberhinaus kündigte er eine Beflaggung der öffentlichen Gebäude in den kurdischen Nationalfarben auf Halbmast an. Nur wenige Stunden später macht er einen Rückzieher und will es nicht gewesen sein.
Was war geschehen?
Einen Tag nach der Verhängung des Todesurteils gegen Abdullah Öcalan am 29.6. 99 konnte auch unser Henning nicht länger schweigen und schickte ein Fax in die unendlichen Weiten der Bremer Presselandschaft, welches wir Euch nicht vorenthalten wollen.
Nach zahlreichen Nachfragen von Bremer MedienvertreterInnen sah er sich plötzlich zu einem Dementi genötigt. Auf einmal sollte alles das Werk einer bösen FälscherInnenbande gewesen sein.
Nun fragen wir uns natürlich, wenn dem so ist, wieso hingen dann ERNK-Flaggen auf dem Bremer Marktplatz, zwischen Rathaus, Bürgerschaft und dem Medicinischen Warenhaus Seyb (siehe Foto)?

Auch wenn wir nicht abschließend klären konnten, ob Henning diese Forderungen unterstützen würde:

FREIHEIT FÜR KURDISTAN! FREIHEIT FÜR ÖCALAN!
WEG MIT DEM PKK-VERBOT!
EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN GEGEN KRIMINALISIERTE KURDiNNEN!
KEINE ABSCHIEBUNGEN IN DEN FOLTERSTAAT TÜRKEI! BLEIBERECHT FÜR ALLE!
HOCH DIE INTERNATINALE SOLIDARITÄT!

Gruppe M.O.N.T.A.G.E.



bekennerinnenschreiben

wir haben in der nacht zum dreißigsten juli neunundneunzig den kopierladen des neonazis und ehemaligen fap-kaders schlee in der eschweiler innenstadt besucht. die scheiben sind nun nicht mehr ganz. der eingang mit elf faulen eiern, stinkendem alten kleister, götterspeise und himbeersirup verschönert. damit ist auch die aktion für den monat juli in der region aachen -nach den besuchen beim bdvg im mai und bei den grünen im juni- endlich durchgeführt. näxten monat gehts weiter.

kein nazi-kopierladen in eschweiler und anderswo

deutsche normalitäten angreifen

und natürlich: das bildungswerk deutsche volksgemeinschaft zerschlagen

autonome besuchsgruppe

Ende Juli wurde an verschiedenen Plakatflächen in der Warschauer Str. veröffentlicht, daß in dem Bekleidungsgeschäft East Side in der Warschauer Str. 20 rechte Propaganda in der ganzen bekannten Palette unterm Ladentisch verkauft wird. Das Geschäft gehörte zur Kette McTrend, die im Prenzlauer Berg mit 2 Filialen den selben Scheiß verkaufen.



wir haben in ber nacht vom 10 auf den 11.08.99 den pkw des saarlouiser faschisten mark martin, saarlouis schwabenstr 4 mit buttersäure und farbe angegriffen

KOMMANDO SAMUEL YEBOAH

Stuttgarter Zeitung 6.8.99

Wieder Anschlag auf NPD-Geschäftstelle

In der Bundesgeschäftsstelle der NPD sind am Mittwochabend erneut Fensterscheiben eingeschlagen worden. Zwei Täter schossen vermutlich mit einer Schleuder gegen die im Hochparterre gelegenen Fenster, so dass jeweils die äußeren Scheiben zerbarsten. Die Täter flohen auf Motorrädern. Ende Juli war ein ähnlicher Anschlag verübt worden.

Die Täter waren mit Motorrad-Unterziehhauben maskiert. Eine Beschreibung liegt nur von einem Täter vor, der 20 bis 25 Jahre alt und rund 1,80 Meter groß sein und rötliche Haare haben soll. Hinweise werden unter . entgegen genommen. *höf*

hallo menschenverachtende, widerliche cdu-wedding,

ihr habt schon wieder gegen migrantInnen und „nichtdeutsche" gehetzt!! deshalb ist am 15.8.99 euer büro in der seestr. entglast bzw. beschädigt worden. wer ausländer- und rassenhass propagiert wird von uns mit steinen attackiert. gegen zwangsintegration menschenselektion abschiebung. für internationale vielfalt, multikulturelles zusammenleben.



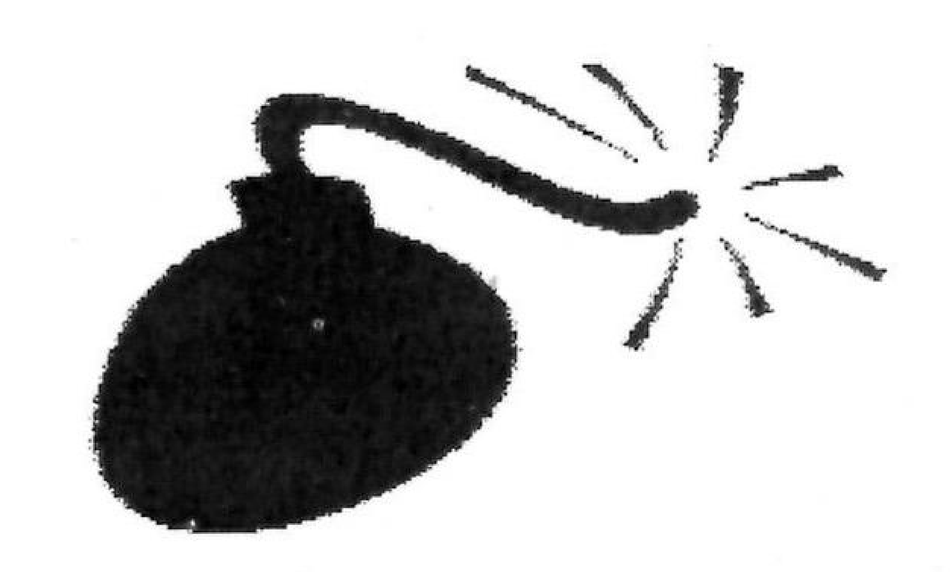
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

autonome ★ miliz

Die Vekehrswacht informiert:

In der Nacht haben zum 8.7. haben wir in Bernau unter einem Bus der Firma Heide-Reisen einen Brandsatz abgelegt.
Damit galt es, ein Zeichen gegen die ständigen bundesweiten Aufmärsche der rechtsextremen Szene zu setzen. Auch am 10.7. marschierten in Hamburg wieder mehrere hundert Neonazis gegen die Wehrmachtsausstellung. Wie schon am 4.6., als die die Nazis auch schon zu einem Aufmarsch nach Hamburg kamen, wurden sie auch diesmal mit Bussen herangekarrt. Am 4.6. waren Brandenburger Neonazis u.a. mit einem Bus der Firma Heide-Reisen nach Hamburg.
Wer wie Heide-Reisen die Aufmärsch der Nazis überhaupt erst möglich macht, unterstützt auch ihre rassistische und faschistische Ideologie und ihre menschenverachtenden Aktionen und verdient auch noch daran.
Mit dem Anschlag gegen einen Bus von Heide-Reisen wollten wir zeigen, daß sich das Geschäft mit und die Unterstützung von Nazis nicht lohnt und nicht lohnen darf.
Auch wenn die Polizei die Nazis wie am 10.7. mit einem Großaufgebot schützt und so ihren Aufmarsch ermöglicht, sind die Nazis und ihre Unterstützer woanders und zu anderer Zeit angreifbar.
Dem organisierten Auftreten der Nazis läßt sich immer wirksam etwas entgegensetzen.

Keine Unterstützung den organisierten Faschisten!
Neonazi-Aufmärsche verhindern!

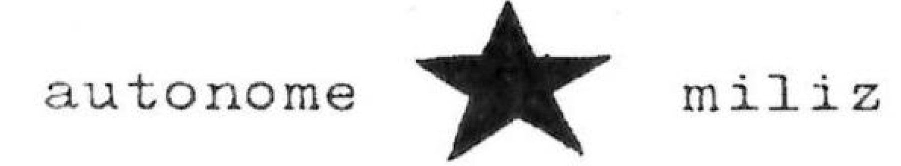


Autonome Gruppen

in der nacht zum 30.07.99 haben wir in der kiefernholzstrasse in treptow unter einem firmenwagen von SIEMENS einen br andsatz gezündet. dise aktion richtet s ich gegen die faschistiscne kontinuität siemens' , gegen die weigerung zwangsar beiter a n g e m e s s e n zu entschädi gen,gegen den ausbeutungsterror von SIE MENS in ländern wie z.B. kolumbien. da wir eine neue technik einsetzten,könne n wir den entstandenen schaden an dem f ahrzeug nicht beurteilen.

VERBRENNT SIEMENS !!!

BOYKOTTIERT SIEMENS PRODUKTE !!!



SONNTAG.18.7. EINIGE KAPUTTE HOFFENSTER BEIM «TWO FLAGSTORE» HUFELANDSTR.9 !!

+

MITWOCH.21.7.KAPUTTES SCHAUFENSTER BEIM «ATEFAKT» GREIFSWALDERSTR.162 !!

=

UNSER BEITRAG DIESE NAZILÆDEN IN DEN RUIN ZU TREIBEN!

AUTONOME ANTIFAS

NACHRICHTEN



Scheiben der Grünen-Geschäftsstelle in der Nacht zu gestern eingeschlagen

Marburg. In der Nacht zu gestern, gegen 2.57 Uhr, wurden vier Scheiben der Kreisgeschäftsstelle der Grünen in Frankfurter Straße in Marburg eingeschlagen. Das Kommissariat Staatsschutz, zuständig bei möglichen politischen Motiven, ermittelt, doch bislang gibt es keinen Hinweis auf die Täter.

Die Scheiben wurden mit Pflastersteinen eingeworfen, so die Marburger Polizei. Zudem seien Farbeier gegen die Wand geworfen worden. Wandschmierereien oder Bekennerschreiben gibt es nicht.

Foto: Martin Heving

FASSADE HIN

KEIN FRIEDEN MIT DEN GRÜNEN KRIEGSTREIBERN

in der nacht zum di. den 22.6.99 haben wir die fassade der grünen (geschäftsstelle) beschädigt. ohne grosse kollateralschäden.

ein längst überfälliger, bescheidener protest, der stein des anstosses sein soll.

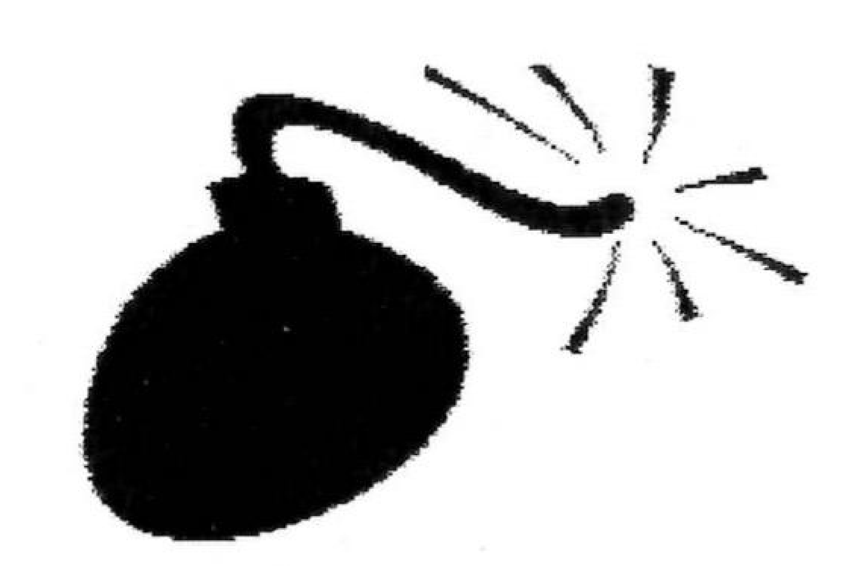
in hoffnung, dass die verbrechen der grünen auf sie zurückfallen

die verdächtigen

in der nacht zum gelöbnix3,2o.7.,haben wir versucht das wasser des springbrunnens vorm roten rathaus in berlin mit 2kg roter pulverfarbe passend zum anlass blutrot zu färben.

soldaten sind mörder.-berlin bleibt hauptstadt der totalverweigerer.

wir haben ende juli der remus-grundstückgesellschaft (mgh wahrtestr. 68, 12051 berlin, 628 94 20) schriftlich mitgeteilt welchen charakter das in ihrem haus in der danzigerstr.8 in berlin prenzlauer berg untergebrachte „mc trend"-geschäft hat. desweiteren haben wir sie aufgefordert dafür zu sorgen, daß der mietvertrag mit dem betreiber gekündigt wird und für den verbleib des naziladens in diesem haus konsequenzen angekündigt.
auch die guide-redaktion (veranstaltungskalender für berlin) wurde von uns über den naziladen informiert. in der guide wurden immer wieder werbeanzeigen für die hoolywood-geschäfte (berlin prenzlauer berg, schönhauser allee 43, 441 97 34 und bernau altstadt, berliner str. 29, 03338/ 757 676) veröffentlicht. wir hoffen in zukunft keine weiteren anzeigen in der guide sehen zu müssen
NAZILÄDEN AUF ALLEN EBENEN BEKÄMPFEN!





FRAUEN LESBEN TAG im E X
jeden 2. + 4. Sonntag im Monat

Hallo Frauen Lesben, hier meldet sich die E X-Frauen Lesben Tag-Gruppe. Wir suchen neue Einsteigerinnen in die Kneipen- und Veranstaltungsarbeit, weil es viel schöner wäre, wenn viel mehr Frauen Lesben sich an der Organisierung des Tages, inhaltlich und praktisch, beteiligen würden. Was wir zu bieten haben, sind große Räumlichkeiten für Kneipe, Veranstaltungen und Partys, eine anstrengende Koordination mit den anderen Gruppen im E X (Plena, Ag's), Diskussionen über die Bestimmung unseres Tages, Programmgestaltung, Thresenarbeit und vieles mehr.

Gelöbnix am 20.07.1999

Gegen 18.35 stürmte die Polizei das erste Mal auf den Lautsprecherwagen (an der Spitze der Verkehrsinsel auf der Siegesmundstraße). In dieser Situation wurde eine Frau festgenommen (eventuell auch "nur" aus der Demo gezerrt). Wir suchen **dringend** diese Frau! Bitte beim Berliner Ermittlungsausschuß melden (dienstags, 20-22 Uhr, Tel.: 030/692 2222).





Zeugen/Fotos gesucht:

Bei der Silvio-Meier-Demo am **21.11.1998** wurden im Anschluß an die Demo, gegen 18.15 Uhr, auf dem U-Bahnhof Frankfurter Allee zwei Menschen von der Polizei festgenommen. Wer hat was gesehen, eventuell sogar Fotos gemacht. Bitte dringen beim Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, tel. dienstags von 20-22 Uhr, 030-692 22 22 melden.

„Unsere Wut auf die Straße getragen"

AZ-Demonstration nach Treffen auf dem Neckarvorland – Konfrontation mit der Polizei

v. h. Nach einer Veranstaltung des Autonomen Zentrums (AZ) auf dem Neckarvorland am Samstag zogen laut Polizeibericht gegen 22.45 Uhr rund 80 Mitglieder und Sympathisanten des AZ mit Transparenten über die Theodor-Heuss-Brücke in Richtung Bismarckplatz und weiter zum Rathaus. Bereits auf dem Bismarckplatz und später auf dem Marktplatz seien aus den Reihen der Demonstranten Polizisten mit Böllern und Leuchtmunition beschossen worden. Weiter seien Flaschen und Steine in Richtung Beamte und Dienstfahrzeuge geworfen worden.

Bei den Tumulten am Rathaus wurden laut Polizeibericht fünf Polizeibeamte verletzt und drei Dienstfahrzeuge beschädigt. Der Sachschaden wird mit rund 8000 Mark beziffert. Die unfriedliche Demonstration sei durch starke Polizeikräfte aufgelöst worden, heißt es weiter. Fünf Demonstranten im Alter zwischen 20 und 53 Jahren wurden vorläufig festgenommen und nach Feststellung der Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen zwei Festgenommene, einen 24jährigen Heidelberger und einen in Pfullingen lebenden 20 Jahre alten Tansanier, ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung sowie wegen versuchter Gefangenenbefreiung. Beiden Personen seien Blutproben entnommen worden.

Zu der Party auf der Neckarwiese habe das AZ schon vor zwei Wochen eingeladen. Nach der „niederschmetternden Entscheidung" im Gemeinderat am vergangenen Mittwoch sei jedoch vielen Gästen nicht zum Feiern zumute gewesen, heißt es in einer Presseerklärung des AZ, in der von einer friedlichen Demonstration für ein neues Autonomes Zentrum die Rede ist und der Polizeieinsatz kritisiert wird.

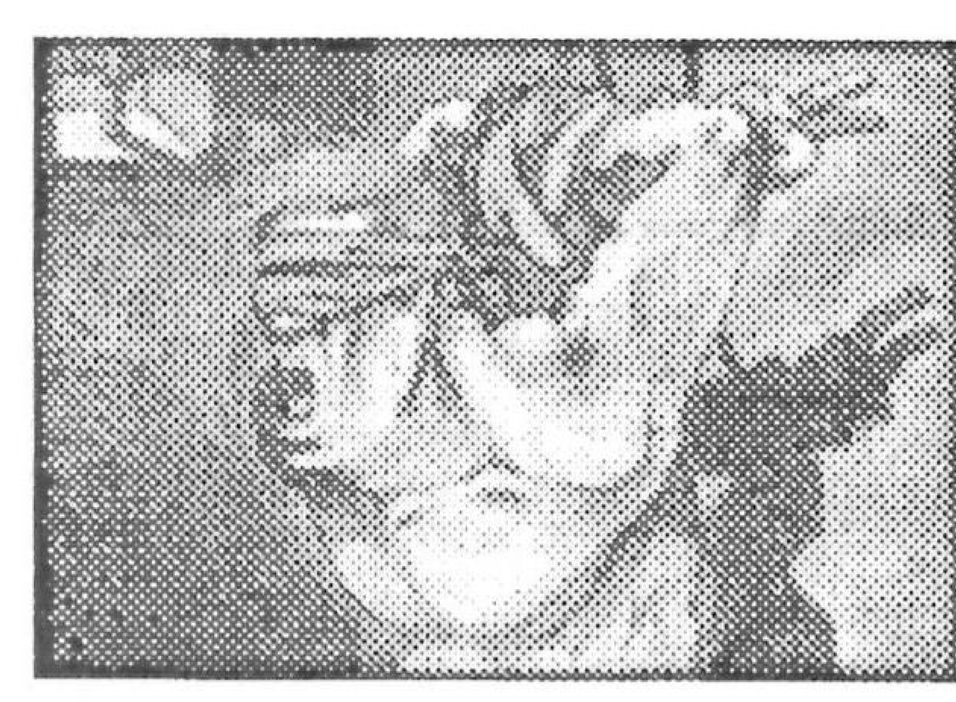
Nach Schilderung des AZ sei es lediglich auf dem Weg zum Rathaus am Rande des Zuges zu kleineren Reibereien gekommen. Am Rathaus habe ein starkes Polizeiaufgebot die Demonstranten erwartet, und als die Teilnehmer den Marktplatz verlassen wollten, habe die Polizei „in die Menge geknüppelt und wahllos mehrere Menschen festgenommen". Schwer verletzte Demonstranten hätten notärztlich versorgt werden müssen. Einem Festgenommenen mit einer Kopfverletzung sei mehrere Stunden ärztliche Behandlung vorenthalten worden.

Weiter heißt es in der AZ-Presseerklärung: „Nach mehrjähriger städtischer Hinhalte-Taktik, die in der definitiven Ablehnung eines realistischen Ersatzgebäudes und der Unverschämtheit einer ‚Containerlösung' gipfelt, ist es nicht verwunderlich, wenn Menschen, die sich dem AZ verbunden fühlen, ihre Wut auf die Straße tragen." Das Thema AZ werde die Stadt noch so lange beschäftigen, „bis ein adäquates Ersatzgebäude zur Verfügung steht", heißt es abschließend. Oder krasser ausgedrückt: „Treten wir der Stadt in den Arsch", wie auf einem Flugblatt zu lesen war.

SOLIDARITÄTSAPPELL

DER KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS IST LEGITIM - ÜBERALL!

AUFRUF AN DIE LINKE IN DER BRD ZUR UNTERSTÜTZUNG DER VON REPRESSION BETROFFENEN DHKP-C UND IHRES BEFREIUNGSKAMPFES IN DER TÜRKEI/NORDKURDISTAN



Die staatliche Verfolgungspraxis von revolutionären und emanzipatorischen Organisationen und Befreiungsbewegungen aus der Türkei/Nordkurdistan in der BRD weist in den vergangenen Jahrzehnten (bspw. das 1983 erlassene Dev Sol-Verbot) eine Kontinuität auf. Neben der Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung hat sich das staatliche Augenmerk auf die Aktivität und Politik der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front) gerichtet. Allerdings blieben die Repressionsmaßnahmen von der internationalistischen, antiimperialistischen und autonomen Linken sowie der gesamten demokratischen Öffentlichkeit in der BRD weitgehend unbeachtet und wurden in ihrer Tragweite völlig unterschätzt. Dieser Phlegmatismus ist angesichts des Zerschlagungsversuchs einer linken revolutionären Bewegung durch die BRD-Justiz fatal, denn bisher konnte der Staatsschutzapparat ohne relevante politische Reaktionen der Linken das Verbot, einen 129a-Pilotprozeß, laufende und angekündigte Nachfolgeprozesse durchsetzen - abgesehen von den seit Jahren regelmäßig stattfindenden Vereinsrazzien, Abschiebungen und VS-Anwerbungsversuchen.
Ein bundesweiter Soli-Zusammenschluß ergreift mit diesem Aufruf die Initiative und fordert dazu auf, die Sprach- und Tatenlosigkeit der hiesigen (radikalen) Linken zu durchbrechen und die GenossInnen, die im Zusammenhang mit dem DHKP-C-Verbot und der anschließenden Prozeßwelle verfolgt werden, auf allen politischen und juristischen Ebenen zu unterstützen.

Gegen die Verfolgungspraxis der BRD-Justiz gegen die DHKP-C...

Der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther verbot am 13. August 1998 die DHKP-C. Diese Verbotsverfügung ist als eine Reaktion auf den Beschluß des Bundesgerichtshofes (BGH) vom Februar 1998 anzusehen, in dem festgestellt wurde, daß die Aktivitäten der DHKP-C nicht als Verstoß gegen das Dev Sol-Verbot von 1983 zu werten sind. Die jahrelange repressive Verfolgung durch die BRD wurde durch den BGH-Beschluß als rechtswidrig eingestuft. Mit seinem Verbot wollte Kanther diese rechtswidrige Verfolgungspraxis im Nachhinein legitimieren und für die Zukunft legalisieren. Die Kanthersche Verbotsverfügung zielte allerdings nicht nur gegen die DHKP-C. Das gleichzeitige Verbot der 1986 unter einem anderen Titel gegründete sozialistische Wochenzeitung *Kurtulus* (Befreiung) - unter dem Vorwand DHKP-C-Organ zu sein - ist der Versuch, ein wichtiges Informations- und Kommunikationsforum der hier lebenden türkisch-kurdischen Linken über

Ein kleiner Abriß über die Entstehungsgeschichte und Konzeption der DHKP-C

Der Ursprung der heutigen DHKP-C liegt im weltweiten revolutionären Aufbruch von '68. Die von Mahir Cayan gegründete THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front) organisierte u.a. mit der THKO (Türkische Volksbefreiungsarmee) den bewaffnet geführten Kampf in der Türkei/Nordkurdistan. Am 30. März 1972 wurde die THKP-C bei einer militärischen Konfrontation mit den türkischen Streitkräften physisch zerschlagen - 11 Militante (einschließlich KämpferInnen der THKO) wurden von den Militärs liquidiert. Auch wenn der bewaffnete Kampf in der Türkei/Nordkurdistan anfangs nur eine kurze Phase überdauern konnte, hinterließ die Praxis und Theorie der THKP-C ein bedeutendes revolutionäres Potential, das sich nach der Zerschlagung hauptsächlich in der Devrimci Genclik (Revolutionäre Jugend) sammelte. Aktive Militante innerhalb von Dev Genc, die die THKP-C-Linie konsequent vertraten, fanden sich unter dem Namen Kurtulus Grupu (Befreiungsgruppe) zusammen. 1977 waren die Reorganisierungsmaßnahmen abgeschlossen und mündeten in der Gründung von Devrimci Yol (Revolutionärer Weg). Aufgrund einer tendenziellen Abweichung bzw. einer faktischen Distanzierung von Grundelementen der THKP-C-Linie (insbesondere in der Frage nach der Notwendigkeit eines organisierten bewaffneten Kampfes als Mittel zur Befreiung) verließen viele

SympathisantInnen und militante AktivistInnen Dev Yol und gründeten 1978 mit Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) eine neue politisch-militärische Organisation. Umgehend entwickelte Dev Sol antiimperialistische und antioligarchische Massen- und Guerillaaktivitäten in erster Linie in den Städten. Ein Aktionsschwerpunkt der Guerillaeinheiten - den *FTKSME (Bewaffnete Kampfteams gegen den faschistischen Terror)* - lag nach dem Militärputsch von 1980 in dem Zurückdrängen des offenen Faschismus in der Türkei/Nordkurdistan. Ende 1985 wurde - im Zuge der "Demokratisierung der Türkischen Republik" - die Entscheidung über die Rückzugs- und Reorganisierungsphase beschlossen, die im März 1990 endete. Nach Abschluß dieser Phase erreichte Dev Sol einen hohen Mobilisierungsgrad und entfalte einen großen Aktionsradius. Dieser Aufschwung wurde durch zwei Counter-Operationen im Juli 1991 und April 1992, bei denen führende ZK-Mitglieder erschossen wurden, abgeschwächt.
Den eigentlichen Rückschlag erlitt Dev Sol, die kurz vor der angestrebten Parteigründung stand, im September 1992 als einige bedeutende Kader, unter ihnen Bedri Yagan, einen innerorganisatorischen *Putsch* vornahmen. Der 1989 aus der Haft entkommende und die Führung von Dev Sol innehabende Dursun Karatas wurde über mehrere Wochen festgesetzt, die Waffen, Gelder und das Archiv wurden beschlagnahmt. Die übergroße Mehrheit der Mitglieder und SympathisantInnen verurteilten nach breit geführten Diskussionen den selbstherrlichen Akt als Putschversuch und ließen diesen damit ins Leere laufen. Die Wirren des Zeitraums Herbst 1992 bis Mitte 1993 hatten dennoch verheerende Auswirkungen: interne Personenzusammenhänge und organisatorische Strukturen

den juristischen Weg aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei ist allen bekannt, die es wissen wollen, daß das DHKP-C-Parteiorgan die Zeitschrift *Devrimci Sol* ist. Interessanterweise erscheint die Kurtulus in der Türkei/Nordkurdistan legal, allerdings ist sie massiver Repression ausgesetzt (Razzien der Redaktionsräume, Verhaftungen, Folter und Morde an RedakteurInnen).
Bei dem von Mai 1998 bis Februar 1999 dauernden DHKP-C-Pilotprozeß standen der mutmaßliche Deutschlandverantwortliche der DHKP-C sowie zwei weitere mutmaßliche DHKP-C-Mitglieder vor dem für 129a-Prozesse zuständigen Senats am Oberlandesgericht (OLG) Hamburg vor Gericht. Das Anklagekonstrukt baute auf Aussagen und Angaben eines seit mehreren Jahren für den Verfassungsschutz tätigen Spitzels und eines weiteren Kronzeugen auf. Deren Aussagen vor dem Staatsschutzsenat waren für die Verurteilung der Angeklagten entscheidend: der vermeintliche Europaverantwortliche Seraffetin G. wurde wegen "Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung" und "Erteilung von Mordbefehlen" sowie "zweifachen versuchten Totschlags" zu 10 Jahren; Erdogan C. wegen "zweifachen beabsichtigten Totschlags, versuchter Geiselnahme und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" zu 7 Jahren und Ali E. wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und versuchter Geiselnahme" zu 5 Jahren Haft verurteilt. Nach Ansicht des Staatsschutzsenats soll es innerhalb der DHKP-C seit 1995 bis zur Festnahme der Verurteilten eine "terroristische Vereinigung" gegeben haben. Entsprechend dem vor Jahren abgeschlossenen PKK-Prozesses, bei dem eine "terroristische Vereinigung innerhalb der PKK" ermittelt wurde, ist nun innerhalb einer weiteren revolutionären Organisation aus der Türkei/Nordkurdistan dasselbe Phänomen ausgemacht worden.

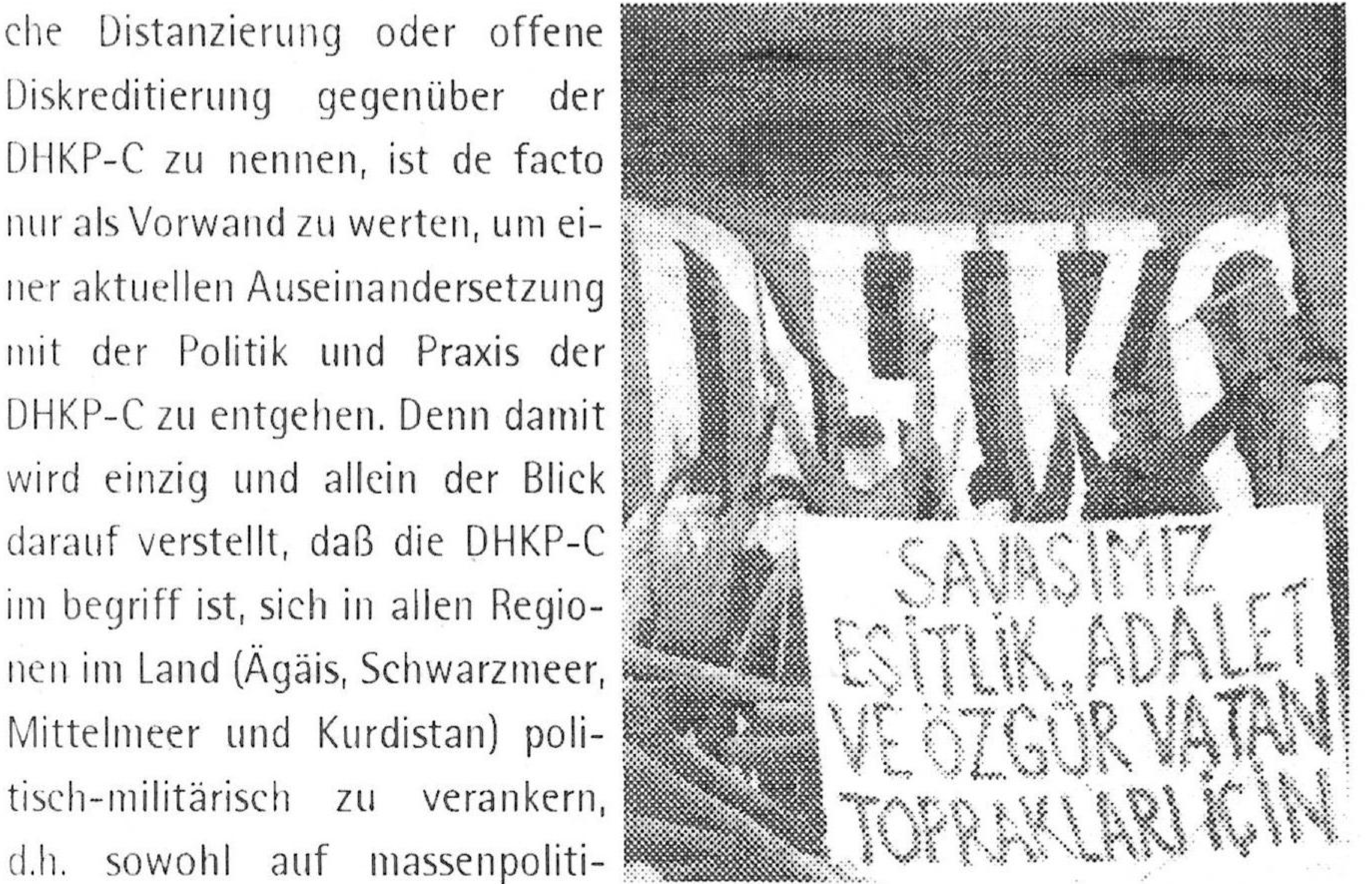


Seit Anfang Februar 1999 findet nun vor dem gleichen Gericht der erste DHKP-C-Nachfolgeprozeß gegen das mutmaßliche Mitglied einer "terroristischen Vereinigung und den Gebietsverantwortlichen von Hamburg" Ilhan Y. statt. In diesem kurz vor Abschluß stehenden Prozeß wird dem Angeklagten vorgeworfen, in Hamburg anläßlich eines Überfalls auf einen Imbiß im April 1997 dessen Besitzer und Anhänger der faschistischen "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) erschossen zu haben. Auch hier spotten die Anklagepunkte bzw. die konstruierte Beweislast jeder Beschreibung (eine Broschüre, die die bisherige Prozeßführung des OLG dokumentiert ist über die unten angegebene Adresse zu beziehen). Ilhan Y. drohen bei "Schuldeingeständnis" einfach lebenslänglich (15 Jahre) und bei einer Ablehnung des Deals "wegen besonderer Schwere der Tat" bis zu 28 Jahren Knast unter Isolationsbedingungen.
Für September 1999 ist eine weitere Etappe der DHKP-C-Nachfolgeprozesse angesetzt. Mesut D. wurde mit der Behauptung, der stellvertretende Europaverantwortliche der Organisation zu sein, festgenommen und dementsprechend unter Anklage gestellt. Es wird erwartet, daß noch gegen 30(!) weite-

re der DHKP-C zugeordnete Personen Anklage wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" erhoben wird. Die Prozeßwelle hat also erst ihren Anfang genommen.

... die internationalistische Solidarität der Linken setzen.

Wie läßt sich die nur rudimentär vorhandene Solidarisierung mit der mit massiver Repression konfrontierten DHKP-C bzw. ihren politischen Gefangenen in den Trakten der BRD-Knäste erklären? Sind es die mangelnden Reserven der internationalistischen Linken, die es verhindern, eine angemessene Soli-Arbeit zu organisieren? Ist es die alleinige Fixierung auf die kurdische Befreiungsbewegung, was Soli-Arbeit in der Region Türkei/Nordkurdistan betrifft? Oder sind es die Nachwirkungen des "Neutralitätsbeschlusses" - der in Wahrheit nur Ignoranz gegenüber den Entwicklungen der DHKP-C verursachte - , der innerhalb der radikalen Linken nach dem innerorganisatorischen *Putsch* vom September 1992 verkündet wurde?
Letzteres wird gerne vorgeschoben, als ob Konflikte innerhalb einer Befreiungsbewegung das ausschließliche Kennzeichen von Dev Sol bzw. der DHKP-C sind. Es wird keine Befreiungsbewegung genannt werden können, in der nicht im Verlauf ihrer Geschichte Abspaltungen vollzogen oder Machtkämpfe ausgetragen wurden. Ein politisches Dilemma der Linken weltweit, aber keinesfalls auf die Dev Sol/DHKP-C zu singularisieren, gerade deshalb nicht, da Dev Sol immer dafür plädierte, die "Einheit der Stärke und Aktion" der Linken zu wahren und Zersplitterung zu verhindern. Die Episode des *Putsches* innerhalb einer 30jährigen Widerstandsgeschichte als Grund für eine willkürliche Distanzierung oder offene Diskreditierung gegenüber der DHKP-C zu nennen, ist de facto nur als Vorwand zu werten, um einer aktuellen Auseinandersetzung mit der Politik und Praxis der DHKP-C zu entgehen. Denn damit wird einzig und allein der Blick darauf verstellt, daß die DHKP-C im begriff ist, sich in allen Regionen im Land (Ägäis, Schwarzmeer, Mittelmeer und Kurdistan) politisch-militärisch zu verankern, d.h. sowohl auf massenpolitischem (Aufbau von selbstorganisierten Strukturen in Form von Volksräten) als auch auf militärischem Terrain (Guerillapräsenz und -stützpunkte). Dieser Prozeß verläuft wohlgemerkt in einem NATO-Land, dessen geopolitische Lage als Brückenkopf zum Nahen und Mittleren Osten für die imperialistische Triade (USA/NAFTA, BRD/EU, Japan/ASEAN) von größter Bedeutung ist. Die DHKP-C unternahm während des NATO-Aggressionskrieges gegen Jugoslawien als eine der wenigen Organisationen (außer dem 17. November aus Griechenland und Gruppen aus Italien) direkte Angriffe auf imperialistische



wurden offengelegt - nicht selten mit tödlichem Ausgang. Die alle Kapazitäten beanspruchende Wiederaufnahme des Parteigründungsprozesses, der durch die Ereignisse zeitlich zurückgeworfen wurde, fand seinen Abschluß in der Konstituierung der DHKP-C am 30. März 1994. Seitdem organisiert die DHKP-C - auf dem Fundament der THKP-C und Dev Sol stehend - kontinuierlich den politischen und militärischen Kampf in der Türkei/Nordkurdistan und sieht sich der unvorteilhaften Situation gegenüber, eine der aktuell letzten relevanten sich im bewaffneten Kampf befindlichen linken(!) Befreiungsbewegungen im europäischen und nahöstlichen Raum zu sein.
Die DHKP-C versteht sich als revolutionäre Partei (DHKP) - und begibt sich damit nicht auf das Parkett des türkischen Parlamentssystem - und Klassengrenzen überschreitende Front (DHKC), die einen antiimperialistischen und antioligarchischen Befreiungskampf auf kommunistischer Grundlage führt.
Sie führt sowohl einen politisch-militärischen Kampf gegen den neokolonialen Status quo der Türkischen Republik als auch einen gegen die innertürkischen HERRschaftsverhältnisse.
Die DHKP-C verfügt in den Städten und auf dem Land bzw. in den Bergen über Guerillaeinheiten - den *Bewaffneten Propaganda Einheiten (SPB)* - und bezeichnet die Dialektik von Stadt und Land als *Vereinigten Revolutionären Kampf*. Vor allem in den proletarischen Wohnquartieren und Elendsvierteln der türkischen Großstädte werden *Volksräte* gegründet, die die Basis einer breiten gesellschaftlichen Gegenmacht von unten bilden sollen. Der antiimperialistische und antioligarchische Befreiungskampf der DHKP-C

Einrichtungen, wie bspw. der gescheiterte Raketenangriff auf das US-Generalkonsulat in Istanbul, bei dem die beiden Guerillaaktivisten von türkischen Bullen bei einer bewaffneten Auseinandersetzung erschossen wurden.
Selbst der erfolgreich beendete Hungerstreik von Ali E. (einer der Verurteilten im DHKP-C-Pilotprozeß) vor einigen Wochen im Hamburger Knast Fuhlsbüttel fand nur geringe öffentliche Resonanz. Um so unverständlicher, als der Widerstand gegen die Knastregime ein konstitutives Element der DHKP-C-Politik mit ihren 1300 Gefangenen in der Türkei/Nordkurdistan ist. Erinnert sei nur an das 75 Tage dauernde Todesfasten von 1984 gegen die allgegenwärtige Repression im Knast und speziell gegen die Einführung von Anstaltseinheitskleidung, oder das über 69 Tage gehende Todesfasten von 1996 gegen den Bau von Iso-Knästen und die Zerstreuung der politischen Gefangenen. Bei diesen beiden Todesfasten sind insgesamt 16 GenossInnen gefallen, allein 8 von Dev Sol bzw. der DHKP-C.
Wir wollen die alte Erkenntnis ins Spiel bringen, daß eine staatliche Verfolgungspraxis gegen eine linke Befreiungsbewegung und deren Mitgliedern und SympathisantInnen darauf abzielt, über die Mittel der öffentlichen Denunzierung ("Terroristen"), dem Aussprechen von Verboten, dem Durchführen von Prozessen und dem Erteilen von Haftstrafen, die Struktur zu schwächen, wenn nicht gar komplett zu zerschlagen. Solidarität ist vor diesem Hintergrund mehr als nur Hilfe und Unterstützung, sie ist ein eigenständiger(!) Teil des Kampfes gegen den mit Repressionsmitteln operierenden Apparat. D.h. die Solidarisierung mit einer linken internationalistischen Befreiungsbewegung, der aktuell in der BRD ein Staatsschutzsenat gegenüber steht, der mit unbedingtem Verurteilungswillen eine perfektionierte und subtile Version der türkischen Staatssicherheitsgerichte darstellt, ist etwas Prinzipielles für eine antagonistische Politik in der Metropole.
Bekannt ist auch, daß Repressionsfolgen nur gemildert, evtl. abgewehrt und offensiv bekämpft werden können, auf der Grundlage einer breiten und stabilen gegenseitigen Solidarität. Solidarität hat zahlreiche Ausdrucks- und Aktionsformen; kennt graduelle Unterschiede der Zusammenarbeit. Solidarität mit politischen Gefangenen und deren Befreiungsorganisation bedeutet nicht, deren Programmatik buchstabengetreu zu unterschreiben, sie bedeutet aber einen wahrnehmbaren Kontrapunkt gegen die staatliche Verfolgungspraxis zu setzen und unmißverständlich Position zu beziehen.

In diesem Sinne:

fußt auf der *politisierten militärischen Kampfstrategie (PASS)*, die besagt, daß der bewaffnete Kampf die grundlegende Form und der ökonomisch-demokratische Kampf diesem nachgeordnet ist. Die DHKP-C verfolgt, um ihre programmatische Zielvorstellung zu erreichen, ein Etappenmodell. Dieses sieht nach dem Aufbau und der Etablierung der *Revolutionären Volksmacht* (Verabschiedung einer *Volksverfassung* als Grundstein für eine vom Imperialismus befreite und unabhängige Türkei) den allmählichen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaftsform in der Türkei/Nordkurdistan vor, bei garantiertem Recht auf die territoriale Lostrennung bspw. der kurdischen Gebiete. Dieses Stadium wird wiederum als Ausgangspunkt für die Revolutionierung der weltweiten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse verstanden. Da die Türkische Republik als neokolonialer faschistischer Staat definiert wird, erfolgt die Politik der DHKP-C aus einem explizit antifaschistischen Hintergrund heraus.



Aufhebung des DHKP-C Verbots!

Einstellung der Verfahren und Beendigung der politischen Prozesse gegen die DHKP-C!
Freilassung der inhaftierten DHKP-C-Mitglieder und SymphatisantInnen!
Für eine internationalistische und antiimperialistische Solidarität – weltweit!

UnterzeichnerInnen (Stand 15.7.99): bundesweiter Zusammenschluß der Prozeßgruppen zum DHKP-C Prozeß, Unabhängige Antifa FU, Internationalismusreferat der HU, gruppe mücadele

V.i.S.d.P.: Karl-Gustav Mentz, Sieveringplatz 2, 20980 Hamburg

Aufruf zur Demo gegen $129a Prozesse gegen DHPK-C Sympathisanten in Hamburg

ZEIT und ORT der DEMO: 28. August 1999; 12. 00 Uhr; Treffpunkt: U-Bahnhof Sterschanze;



laut und bunt gegen nazis

antifaschistische demonstration gegen das nazizentrum in eschweiler-dürwiß (kreis aachen)

anschließend konzert und kulturschock

samstag, 4. september 99, 12 uhr eschweiler talbahnhof



Das 'braune Haus'

Ende 97 mußten Manfred Rouhs und sein neofaschistischer 'Europa Vorn'-Verlag (heute: 'Signal') nach antifaschistischen Protesten das 'braune Haus' in der Jülicher Straße 247-249 in Eschweiler-Dürwiß verlassen. Ein Jahr später wurde das Haus an den damaligen JN-Kader Achim Ezer vermietet und zum Sitz der 'Jungen Nationaldemokraten' (JN) NRW sowie ihrer Zeitung 'Schwarze Fahne' und des dazugehörigen Versandes.

★ Die Spaltung der JN

Ezer kandidierte im April 99 als JN-Bundesvorsitzender und verlor die Kampfabstimmung gegen Sascha Roßmüller. Die schon vorher bestehenden Differenzen zwischen der JN Sachsen, NRW und Teilen aus Baden-Württemberg auf der einen und der Mutterpartei NPD und dem amtierenden JN-Bundesvorstand auf der anderen Seite führten nun zusammen mit persönlichen Angriffen (Roßmüller wurde wegen seines Besuches bei einer polnischen Prostituierten 'Rassenschande' vorgeworfen, dieser rechtfertigte sich damit, er habe sich 'dabei als Herrenmensch gefühlt') und dem Vorwurf des Wahlbetrugs zum Austritt des Flügels um Ezer aus der JN. Der ausgetretene Flügel sieht sich als 'außerparlamentarische Opposition' und arbeitet mit den militanten, nationalsozialistischen 'Freien Kameradschaften' zusammen, der amtierende Bundesvorstand der JN dagegen distanziert sich offiziell davon und konzentriert sich auf die nächsten Landtagswahlen.

★ Das 'Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft'

Unter Führung der ehemaligen JN NRW-Kader Achim Ezer und Frank Amberg und unter Beteiligung der übrigen aus der JN ausgetretenen Kader wurde nun am 5. Juni das "Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft" (BDVG) mit Sitz in Eschweiler-Dürwiß als "Rechtsabspaltung" der NPD/JN gegründet. Neben dem Haus in der Jülicher Straße, in dem das erste BDVG-Schulungszentrum entstehen soll, wurden auch Zeitung und Versand der "Schwarzen Fahne" übernommen, welche wohl auch zur Finanzierung des BDVG beitragen sollen.
Das BDVG sieht seinen Schwerpunkt in der Bildungsarbeit "in Verbindung mit politischer Aktion", hält die "nationale Idee" für "größer und bedeutender als den Einzelnen" und möchte "die Volksgemeinschaft im Kleinen vorleben". Darüberhinaus finden sich im BDVG-Grundsatzprogramm die üblichen Widerwärtigkeiten versammelt, die "Wiedereingliederung der völkerrechtswidrig abgetrennten deutschen Gebiete" wird ebenso gefordert wie das "Ende der lebensfeindlichen und menschenverachtenden multikulturellen Ideologie". Es wird zwischen "schaffendem" und "raffendem" Kapital unterschieden, die Todesstrafe soll wieder eingeführt werden, die "Gesundung und Festigung des Bauerntums als Kultur- und Kraftquell unseres Volkes" wird verlangt und die Familie verHERRlicht.

 Die alltäglichen deutschen Widerwärtigkeiten

Die Demonstration richtet sich gegen das offen nationalsozialistisch auftretende BDVG. Darüber aber darf nicht der Kampf gegen die alltäglichen deutschen Verhältnisse vergessen werden.
Die vom BDVG propagierte Volksgemeinschaft formiert sich ansatzweise schon heute, wenn Deutsche gemeinsam gegen angebliche 'Asyl- und SozialschmarotzerInnen', 'ausländische Drogenbanden', nicht in ihre Norm passende Menschen und das in dieser Form nicht existente Wahnbild der 'Organisierten Kriminalität' hetzen. Zumeist nur verbal, während der Bundesgrenzschutz beispielsweise die als 'Schlepper' diffamierten FluchthelferInnen jagt und als 'Illegale' bezeichnete AsylbewerberInnen an der deutschen Ostgrenze erschießt, ertrinken läßt oder in den Tod hetzt.
Wenn tödliche Abschiebungen auf der Tagesordnung sind und die deutsche Armee ohne nennenswerten Widerstand wieder weltweit 'humanitär' morden darf und dabei auch gleich die deutsche Geschichte durch Vergleiche zwischen Milosevic und Hitler entsorgt wird. Unter tatkräftiger Mithilfe der deutschen Presse und der deutschen Bevölkerung, die mit Erinnerung an ihre eigenen Taten noch nie etwas anfangen konnte und ihren Rassismus jetzt schon durch eine Unterschrift bei der CDU beweisen kann.
Wenn (nicht nur) Martin Walser zum Verdrängen des Dritten Reiches auffordert und seine antisemitischen Reden gefeiert werden, sich das deutsche Volk und die deutschen 'Intellektuellen' in der Verurteilung von Ignatz Bubis einig sind, und einige wie Henning Voscherau und Rudolf Augstein diese antisemitischen Exzesse noch steigern. Wenn diese antisemitischen Stereotypen in den Reaktionen auf die Forderungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen gegen deutsche Firmen nur fortgesetzt werden und sich das deutsche Volk und die deutsche Regierung demonstrativ hinter die deutsche Industrie stellen, dann muß klar sein, daß Antisemitismus und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen und diese genauso zu bekämpfen ist wie offen auftretende Neonazis.

weg mit nationalem konsens und vaterland !

deutsche normalitäten angreifen !

das 'bildungswerk deutsche volksgemeinschaft' zerschlagen !

zugverbindungen:
regionalexpress *dortmund hbf 9.15 uhr* essen hbf 9.39 uhr *duisburg hbf 9.54 uhr*
düsseldorf hbf 10.11 uhr *köln hbf 10.45 uhr* -> eschweiler hbf 11.25 uhr
regionalexpress *aachen hbf 11.17 uhr* -> eschweiler hbf 11.30 uhr
wir gehen gemeinsam zum talbahnhof und nach der demo geschlossen zum hbf zurück.
es ist mit fotografierenden nazis im haus des bdvg zu rechnen.

antifaschistisches bündnis aachen *c/o rotes büro* charlottenstr. 6 *52070 aachen* fax 0241-5152478
fon 0241-5152476 (mo & fr 17-22 uhr) antifa_b_aachen@iname.com *www.nadir.org/initiativ/rotes_buero*

GEMEINSAM DEM RECHTEN VORMARSCH ENTGEGENTRETEN!
VANDALEN ZURÜCK IN DEN SUMPF!

In der Liebermanstraße 97 in Berlin Weißensee befindet sich das Clubhaus der Vandalen. Seit Anfang der 80er Jahre betreiben die Vandalen, auf einem ehemaligen Fabrikgelände, ihren Jugendclub. Das Clubhaus zieht vor allem viele jugendlichen Sympathisanten an und hat sich zu einem wichtigen Treffpunkt der Faschisten in Berlin entwickelt. Wir werden dieser Entwicklung nicht weiter tatenlos zusehen.

KEIN RAUM FÜR FASCHISTEN!

1982 haben sich die Vandalen aus der Ost-Berliner Heavy-Metal-Szene heraus gegründet, sie bezeichnen sich selber als "Ariogermanische" Kampfgemeinschaft. Schon vor der Wende hatten die Vandalen gute Kontakte zu westdeutschen Naziorganisationen. Unter anderem hatten und haben die Vandalen gute Kontakte zu Kadern der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei [FAP] und der ebenfalls verbotenen Wiking-Jugend. Nach der Wende wurden die Kontakte weiter verbessert.

Anfang der neunziger Jahre waren die Vandalen an dem Aufbau der faschistischen Strukturen in Ostdeutschland beteiligt. Sie nahmen aktiv an Wehrsportlagern teil und waren auf den "Heldengedenktagen" in Halbe dabei.

Die Vandalen haben auch internationale Kontakte. Der österreichische Neonazi Peter Binder wurde im Dezember 1993, unmittelbar nach der Detonation der ersten Briefbomben in Österreich, an der tschechischen Grenze verhaftet. Er gab an auf dem Weg zu dem Ostberliner Andreas Cavael von der "Rockergruppe" Vandalen zu sein.

Anfang der 90er stiegen oft österreichische Faschisten bei Mitgliedern der Vandalen ab. Es handelte sich meist um Peter Binder und Günther Reinthaler. Günther Reinthaler ist Gauleiter der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition [VAPO], die VAPO ist ein Teil der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front [GdNF]. Die unter anderem von Michael Kühnen in den 80ziger Jahren aufgebaute Struktur hat sich zum Ziel gemacht den Nationalsozialismus wieder zu errichten.

Einige Mitglieder der Vandalen gründeten 1993 die Band Landser. Die Band und ihre Texte sind zwar verboten, trotzdem ist Landser die meist gehörte Band in der rechten Subkultur. Mit Texten wie "wenn in der Nacht die Kreuze brennen, dann könnt ihr stinkenden Kaffer um eure Leben rennen" ruft Landser offen zur Ermordung von Immigranten auf.

Die Vandalen sind ein wichtiger Bestandteil der Berliner Faschisten-Szene, sie arbeiten unter anderem mit der NPD und dem Blood&Honour - Netzwerk zusammen. Selber sehen sie sich in der Tradition der SS. Der Germanenkult, die Wehrsportlager, das militante Auftreten, die konspirative Organisationsstrukturen, aber auch die Besäufnisse sind ein klares Zeichen dafür, daß sie das ernst meinen.

DIESEN BRAUNEN SUMPF GILT ES TROCKEN ZU LEGEN!

Der Anfang der Trockenlegung findet am 11.September um 15.00 vom S-Bhf Greifswalder Straße aus statt. Von dort aus wollen wir unter dem Motto *„VANDALEN ZURÜCK IN DEN SUMPF!"* bis vor das Clubhaus der Vandalen demonstrieren.

Unterstützer: Antifaschistisches Aktionsbündnis III + Antifa Weißensee + Bund der Antifaschisten Berlin + Prof. Dr. G. Fischer [Vorsitzender des BdA Hohenschönhausen/Weißensee] + Gruppe Internationale Berlin + Gernot Klemm [MdA]+ Hans-Peter Schreiber [Ko-Vorsitzender des BdA Berlin] + RuFF e.V.

[Stand 12.08.99]

Kontakt über:
Antifaschistisches Aktionsbündnis III (AAB IIII)
PF: 580724, 10415 Berlin
E-Mail: aab3@unicum.de
Tel. 0171/7421922
www.antifa.de

Achtung Terminänderung die Demo beginnt bereits um 13.00 Uhr!

Rostocker Naziaufmarsch 98: wird Verfahren gegen Nazi eingestellt?

Am 19.9.98, vor fast einem Jahr, wurde unser Genosse Holger von Nazis in Rostock angegriffen und lebensgefaehrlich verletzt. Nach einem wochenlangen Koma kaempft er bis heute mit den Folgen des Angriffs und wird auf unabsehbare Zeit weiter mit den Reha- Massnahmen befasst sein.
Nachdem der Mordkommission das Verfahren entzogen wurde, bevor Gutachten und ZeugInnenaussagen vorlagen, ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den Taeter wegen Verursachung eines Verkehrsunfalles.
Das Gericht erwaegt jetzt, das Verfahren gegen Geldauflage einzustellen, weil Holger „eine moegliche Mitschuld" unterstellt wird.
Zur Erinnerung:
Im letzten Sommer mobilisierten NPD und JN zu einem Naziaufmarsch als Hoehepunkt ihres Bundestagswahlkampfes nach Rostock-Lichtenhagen;
dorthin, wo Faschisten gemeinsam mit dem deutschen Mob im August 1992 ueber mehrere Tage ein angekuendigtes Pogrom gegen ein Wohnhaus ehemaliger vietnamesischer VertragsarbeiterInnen abhielten. Damals sah die Polizei tatenlos zu und beschaeftigte sich hauptsaechlich damit, die eher spaerlich eintreffenden AntifaschistInnen einzusammeln.
Von Seiten der buergerlichen Parteien wurde vor allem Verstaendnis fuer die rassistischen Gewaltorgien geaeussert und die Hetze vom „Asylmissbrauch" forciert.
Betroffenheit wurde nur fuer das Erscheinungsbild Deutschlands im Ausland mobilisiert, ebenso wie fuer die Befuerchtung, der Tourismus in Mecklenburg koennte Schaden nehmen.
Am 19.9.98 marschierten nun 3000 Nazis in Rostock-Dierkow, nachdem ihnen eine Kundgebung an der Staette des Pogroms von 92 verboten worden war; geschuetzt von einem Grossaufgebot der Polizei.
Im Verlauf des Tages kam es zu einem Ueberfall von 30 bis 40 Nazis auf das Antifa-Infozelt am Stadthafen. Holger befand sich zu diesem Zeitpunkt auf der Antifa-Demo. Als er von dem Nazi-Ueberfall hoerte,versuchte er, zum Infozelt zu gelangen und wurde auf dem Weg dorthin von einem Pkw, in dem 4 Nazis sassen, ueberfahren.
Es gibt zahlreiche Zeugen, die den Tathergang beobachtet haben. Nach ihren Schilderungen hat der Fahrer weder versucht zu bremsen, noch auszuweichen, obwohl dies ohne weiteres moeglich gewesen waere. Ein spaeter erstelltes Gutachten ermittelte die Geschwindigkeit des Wagens beim Aufprall auf ca. 80 km/h.
Die Polizei hat alles dafuer getan, den Hergang der Tat zu verwischen. Mehrere Zeugen mussten darauf bestehen, vernommen zu werden, Spuren wurden erst nach Tagen gesichert. Der polizeiliche Unfallbericht wurde stark wertend und verharmlosend formuliert.
Die Staatsanwaltschaft bemuehte sich, die Tat als Verkehrsunfall darzustellen und den faschistisch gewalttaetigen Hintergrund des Taeters zu leugnen.
Dem scheint jetzt das Gericht folgen zu wollen. Seit November 98 ist das Jugendgericht Tecklenburg zustaendig. Angeklagt ist
der Fahrer des Wagens wegen Koerperverletzung. Nachdem der Jugendrichter das Verfahren an das Jugendschoeffengericht abgeben wollte, da bei der Schwere der Tat das von ihm zu bemessende Strafmass nicht ausreichend sein koenne, lehnte das Schoeffengericht eine Uebernahme ab.
Es erteilte die Empfehlung, das Verfahren gegen eine Geldbusse von 2000 DM
einzustellen wegen „Mitschuld des Opfers".
Hierueber muss jetzt das Jugendgericht entscheiden, wobei Holger als Nebenklaeger kein Widerspruchsrecht hat.
Das Gericht versucht einen Mordanschlag von Nazis als Verkehrsunfall darzustellen. Wir sehen darin den Versuch, faschistische Gewalt zu verharmlosen und gesellschaftlich Akzeptanz hierfuer zu schaffen.
Dies findet Ausdruck in der Tatsache,
* dass der Mordkommission das Verfahren zu einem Zeitpunkt entzogen wurde, zu dem die Ermittlungen noch gar nicht begonnen hatten,
* in der Art und Weise der Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft
* in der verharmlosenden Anklage wegen Koerperverletzung
* und als Kroenung in der Einstellung des Verfahrens wegen angeblicher Mitschuld des Opfers.
Wir werden das nicht hinnehmen!
Wir fordern die Eroeffnung des Verfahrens gegen den Taeter und seine Verurteilung!

WIWA Wendland und SolidariTAT Hamburg
fuer das bundesweite YA-Basta- Netz

Wer in den Presseverteiler aufgenommen werden moechte, mail an:
wiwawend@mail.nadir.org Stichwort Holger

Neben einer kontinuierlichen Infoarbeit zum Prozess und Prozessbegleitung planen wir eine Faxaktion an Richter und Staatsanwalt sowie eine bundesweite Antifa- Demo am Ort des Prozesses zu Prozessbeginn.

Dänemark, am 14.August 1999 :

Dänische Nazis gaben ihren angekündigten Hess-Marsch auf !

Eine Parodie wird zur Farce

Wie letztes Jahr , wurde der Marsch der dänischen Nazis von der Nazipartei DNSB eine jämmerliche Angelegenheit. Während sie im letzten Jahr noch aus ihrem tristen Bunker eine Eilmarschdemo am frühen Morgen - hin zum Bäcker und zurück - durchführten und die kein Mensch sah ,ausser die sie begleitenden Bullen, trauten sie sich diesesmal gar nicht mehr aus ihren Hauptquartier heraus.
Vorrausgegegangen war eine grosspurig angekündigte Demo für den früheren Stellvertreter Hitlers , Rudols Hess . Ausgangspunkt der Demo sollte die deutsche Botschaft in Kopenhagen sein mit einer geplanten Rute quer durch die Innenstadt .
Die Kopenhagener Bullenbehörde gaben den Nazis jedoch keine Marscherlaubnis. Angeblich wegen der zur gleichen Zeit an der angegebenen Rute , stattfindenden Radfahrrailly. Der reale Hintergrund des Verbotes ist wohl eher in der Undurchführbarkeit des Nazidemo-projektes zu suchen. So wären die Bullen im Dickicht der Stadt , inmitten einer gut besuchten Radrennshow, mit einem massiven und für sie völlig unkontrollierbaren anti-fa.Widerstandes konfrontiert gewesen.Das alternative Angebot der Bullenführung, die Nazis in einem abgelegenen Industriegebiet demonstrieren zu lassen , lehnten diese mit der Begruendung ab, dass sie nicht bereit wären , in einem "Mistkübel " zu marschieren. Eine symbolische Klage von seiten der Nazis an den sozialdemokratischen Justitsminister wurde abgewiesen. Jenseits der transparenten Theaterrethorik waren die Nazis mit Sicherheit sehr erleichtert über dieses Demoverbot , da sie wegen internen Konflikten aufs minimale dezimiert waren und eine Demo in der Innenstadt sich zum allgemeinen Amüsement entwickelt hätte. Denn während die Nazis noch im letzten Jahr so um die 130 TeilnehmerInnen mobilisieren konnten - davon mindestens die Hälfte aus anderen Ländern - versammelten sich dieses Jahr nur noch ein Bruchteil davon .
So um die 15 Nazis waren da anwesend im Bunker ihres dänischen Fuehrers Jonni Hansen, in Greve , einer südlichen Vorstadt Kopenhagens. Die internationale Naziszene - inbesonders aus Schweden und der BRD kommend -, sowie die meisten der daenischen Nazis ,versagten der Nazipartei diesesmal ihre Unterstuetzung und blieben weg.

Der geordnete antifaschistische Protest

Die anti-rassistische Allianz - *Anti-racistisk Netværk* - , ein loser Zusammenschluss von Gruppen , Parteien Gewerkschaften und Persönlichkeiten von politisch linker bis bürgerlicher Observanz ,mobilisierte wie in den Jahren davor, den Protest gegen den geplanten Hessmarsch.
Um die 50 AktivistInnen postierten sich bereits am Vortag - ausgerüstet mit Zelten, Schlafsäcke und Gewekschaftsfahnen - gegenüber den Nazibunker, um die Nacht hindurch die Nazis zu observieren und evt. Überraschungsaktivitäten der Nazis rechtzeitig verhindern zu können. Diese wählten doch in Anbetracht ihrer winzigen Zahl , doch lieber in ihren Bunker zu verweilen...
Die am nächsten Tag durchgeführte antifaschistische Demo mit deutlich unter 1000 TeilnehmerInnen , war zwar weit geringer als die Demo vom letzten Jahr.Dafuer aber war der Ordnungsdienst besser organisiert... Jederzeit bereit, jeglichen nicht eingeplanten Gestus aus den Reihen der anti-faschistischen Demo " sofort zu unterbinden". Denn nicht vergessen waren die Ereignisse vom letzten Jahr, wo einige hundert Demo-TeilnehmerInnen von sich aus agierend (!!) , sich nicht von der willkürlichen Sperrgrenze der Demoleitung aufhalten liessen, und direkt zum Nazibunker vordrängten.Worauf die Bullen wild und unmotiviert mit Tränengas herumschossen.

Dieses mal blieb die wesentlich kleinere Demo geschlossen in noch grösserer Entfernung weit weg vom Nazibunker sitzen. In einer lockeren Atmosphäre anti-faschistischer Selbstzufriedenheit. Gelobt vom Bullenchef wegen der guten Zusammenarbeit und der demonstrativen gemütlichen Friedfertigkeit im Rahmen polizeilicher Auflagen. Ein demokratisches , systemimmanentes Erfolgserlebnis für alle .....

Die Spaltung innerhalb der dänischen Naziszene

Die Spaltung innerhalb der Naziszene zwischen den politischen Strategen der DNSB Partei-Traditionalisten und den aktivistischen " underdogs " der " Blood and Honour" - Gruppe des früheren DNSB-Mitglieds Marcel Schilf , hat unmittelbar zu einer deutlichen Schwächung der ersteren geführt. So schlossen sich die meisten Aktivisten des früheren DNSB Spektrum , aus rassistischen Musik- und Fussballkreisen kommend, den mehr militanten, ent-ideoligisierten " Blood And Honour " -Kreisen an. Als Teil eines vorwiegend in Westeuropa eksistierenden Netzwerkes mit gleichlautenden Namen "Blood And Honour" und "Combat 18". Ihre Anhänger rekrutieren sie aus der militanten skandinavischen ,deutschen und englischen ,tschechischen etc. Hooligan - und Fascho-Skinheadsszene .

Dezentrale , glandestine Aktivitäten

Am 7.august marschierte ein Querschnitt dieser militanten Nazi-Szene am 7.august im Provinzstaedchen Svendborg mit ungefaehr 70 TeilnehmerInnen -darunter zahlreiche Nazis aus dem nordeuropaeischen Spektrum – fuer Rudolf Hess. Ohne polizeilicher Genehmigung , ohne Publicity in den Medien , bei fehlenden Widerstand... Ihre Mobilsierung verlief verdeckt und reibungslos... Begleitet durch gezielte Einschüchterungsversuche gegen bekannte anti-faschistische Persönlichkeiten. Ihr Ziel ist , durch Statuierung von erfolgreichen Aktionen sich als attraktive Widerstandskraft zum herrschenden "überfremmdeten " System zu profilieren.
Die Finanzquellen der "Blood And Honour" – Gruppe sind eindeutig die ihrer Konkurenten von der DNSB überlegen. So ist ihr Chef Marcel Schilf , einer der centralen Figuren der Nord-europäischen Nazi-Musik Distribution, deren Umsatz äusserst profitabel ist.

EXIT DSNB ?

Der geplante Nazimarsch für Hess war bereits im Jahr davor eine unfreiwillige Parodie. In diesem Jahr war die Niederlage jedoch optimal, sodas den Faschos ihre Bewegungs - und Agitationsmöglichkeit bis zur Schmerzensgrenze reduziert wurde. Das Ende Ihrer politische Existenz könnte damit nichts mehr im Wege stehen.

No Pasaran !
Geronimo,
Kopenhagen , am 15.august 1999

Aktivitäten gegen die 3. Oktober-Feiern 1999 in Wiesbaden

Den nationalen Konsens sprengen! Kampf dem imperialistischen Krieg!

Aufruf zu einer antinationalen Demonstration am 3.10.1999 in Wiesbaden

Am 3.10.1999 feiern in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden die politischen VertreterInnen des BRD-Kapitals mit dem 9. Jahrestag des Anschlusses der DDR die sogenannte Wiedervereinigung der deutschen Nation, die Liquidierung einer dem Kapitalismus entgegenstehenden Gesellschaft. Aus dem antikommunistischen Frontstaat BRD wurde eine souveräne Großmacht.

Mit dem dritten Krieg, den die deutsche Nation in diesem Jahrhundert gegen Jugoslawien führt, steht die BRD kurz davor, die volle imperialistische Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen. Das massive Interesse an der Zersplitterung Jugoslawiens führte zu diesem Krieg, der wesentlich durch die deutsche Anerkennung z.B. Kroatiens geschürt wurde.

Angeführt von der imperialistischen USA und der BRD, dem europäischen Kriegstreiber, ist beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien zum ersten Mal eine gemeinsame europäische Militärpolitik möglich. Die NATO bot den institutionellen Rahmen. Die Grausamkeiten (Massaker) von allen Seiten waren willkommener Anlaß für diesen Krieg. Die deutschen Kriegstreiber, allen voran Josef Fischer und Kriegsminister Rudolf Scharping (SPD), sprachen von „Völkermord". Sie verglichen brutale Vertreibungen von Kosovo-AlbanerInnen mit NS-Deportationen in Vernichtungslager. Sie unterstellten die Existenz von KZs in Jugoslawien, verglichen Milosevic mit Hitler und gaben vor, ein neues Auschwitz verhindern zu müssen. Mit antifaschistischer Rhethorik halfen sie, Auschwitz zu verharmlosen und mit dieser Relativierung die NS-Geschichte zu entsorgen. Statt die überlebenden Opfer des NS-Faschismus endlich zu entschädigen, werden sie mit lächerlichen pauschalen Beträgen abgespeist, um weitergehende Entschädigungsforderungen ein für allemal auszuschließen.

Die NATO verfolgt das Ziel, von Estland bis zur Türkei einen Ring um die Russische Föderation zu legen und den Einfluß der Russischen Föderation auf den Balkan, den Kaukasus und auf Zentralasien zurückzudrängen. Hier liegen die neuen ökonomischen und geostrategischen Interessen des deutschen, europäischen und US-Kapitals und der NATO. Ein stabiler, kontrollierter Hinterhof vom Balkan bis zum Kaspischen Meer soll die Ausbeutung der Ressourcen, u.a. von bis zu 30 Milliarden Tonnen Erdöl, garantieren.

Nach dem Ende des Bombenterrors gegen Jugoslawien aus der Luft, geht der Krieg weiter mit der Teilbesetzung Jugoslawiens und der militärischen Kontrolle beinahe des gesamten Balkans. Hinzu kommt die im „Friedensabkommen" angelegte Option, jederzeit vom Boden aus auch in serbischem Gebiet militärisch zu operieren, wenn bestimmte Zonen vom jugoslawischen Militär nicht freigehalten werden. Die Bundeswehr übt in diesem Krieg ihren Umbau zu Krisenreaktionskräften für den weltweiten Einsatz. Der rotgrünen Bundesregierung ist es gelungen, die BRD nach dem NS-Faschismus in die barbarische Normalität eines imperialistischen Staates zurückzuführen. Langfristig betreiben Frankreich und die BRD die Reaktivierung der *Westeuropäischen Union* (WEU) als autonomen *„europäischen Pfeiler der NATO"*. Die WEU soll der militärische Arm der EU werden, um so den US-Einfluß zurückzudrängen.

Die innerimperialistische Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwingt die kapitalistischen Zentren dazu, sich in Blöcken zu regionalen Großwirtschaftsräumen zu formieren. Auf europäischer Ebene ist die EU der politische Ausdruck dafür, daß das europäische Kapital den Kampf auf dem Weltmarkt nur im Verbund gewinnen kann. Die wachsende ökonomische Vorherrschaft des deutschen Kapitals füttert dabei die Aggressivität des deutschen Imperialismus im EU-Gewand.

Die Nation ist als Konstrukt des politischen Überbaus der kapitalistischen Produktionsweise ein definierter und verteidigbarer Rahmen, innerhalb dessen und von dem aus den Verwertungsinteressen des Kapitals Geltung verschafft wird. In der BRD wir die Sozialdemontage praktisch widerstandslos fortgesetzt durch die Rot-Grüne Bundesregierung und ihre Fähigkeit, Widerstandspotentiale erfolgreich einzubinden. Nach wie vor greift die „Standortlogik", die mit dem impliziten Ruf „Deutschland zuerst" die verbindende Gemeinsamkeit von herrschender und beherrschter Klasse beschwört, wozu auch die alljährlichen Nationalfeierlichkeiten propagandistisch eingesetzt werden.

Die behaupteten gemeinsamen Interessen mit der herrschenden Klasse dienen indes der Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen selbst. „Auch wenn Du sozialökonomisch verlierst, Du bist immerhin

deutsch". Die Fiktion von nationaler Identität erhebt das Prinzip der Ausgrenzung zum gesellschaftlich prägenden Moment. Die Herrschaftslogik des „Teile und Herrsche", des Rassismus und Sexismus spaltet auf, grenzt aus, wertet ab.

Reaktionäre Frauenideologie und -politik fassen wieder Fuß. „Erbgesundheitliche" und rassistische Kriterien dienen der Selektion von Menschen: Einerseits sollen Frauen weiterhin genötigt werden, Kinder zu bekommen, andererseits soll im Falle einer möglichen Behinderung des Kindes eine staatliche medizinische Qualitätskontrolle darüber entscheiden, ob eine Abtreibung vorgenommen werden soll. Die Familie wird wieder verstärkt als „Keimzelle des Staates" propagiert, um Frauen auf die ihnen zugewiesenen Rolle als Hausfrau und Mutter einzuschwören. So werden besonders Arbeitsplätze von Frauen beseitigt. Extrem ist dies im EX-DDR-Gebiet, wo mehr als der Hälfte der Frauen ihr Einkommen und ihr Arbeitsplatz genommen wurden.

Menschen, deren Arbeitskraft nicht vom Kapital verwertet werden kann und die Kosten verursachen, sollen ruhiggestellt oder vernichtet werden. Behinderte, Alte und Kranke werden gesellschaftlich entwertet: mörderische BioethikerInnen diskutieren in der Tradition der faschistischen Rassehygiene über 'lebensunwertes' Leben. „Nicht leistungsfähige" Menschen sollen für medizinische Menschenversuche oder für das Ausschlachten von Organen („Hirntod-Debatte") vernutzt werden.

Rassistische Gewalttätigkeit, staatliche Repression und eine besondere Ausbeutung der oft rechtlosen ArbeitsmigrantInnen werden durch den Nationalismus legitimiert. Pogrome sind dabei nur der extremste Ausdruck eines Rassismus', dessen Basis sich in alltäglichen Demütigungen und Übergriffen entlädt. Ein großer Teil des staatlichen Gewaltapparates und der bundesdeutschen Bevölkerung paktieren mit rassistischen TäterInnen. FaschistInnen bedrohen Menschen, indem sie Städte in der Ex-DDR zu „national befreiten Zonen" erklären und Naziaufmärsche organisieren. In Deutschland wird der Antisemit Walser gefeiert, während die Zahl antisemitischer Anschläge unvermindert anhält.

Europa wird immer mehr zur Festung gegen Flüchtlinge ausgebaut, insbesondere auf Betreiben der herrschenden Kräfte Deutschlands. Die EU kontrolliert Menschen möglichst schon in ihren Herkunftsländern. In den Auffangzonen Osteuropas und Nordafrikas liegen militarisierte Lager. Grenzkommandos gegen Flüchtlinge, Abschiebeknäste und Spezialgefängnisse wie z.B. am Frankfurter Flughafen zeigen ebenso wie der Abschiebevollzug zunehmend militärischen Charakter. Bei der Abschiebung werden Flüchtlinge wie Postpakete verschnürt, geknebelt, geschlagen: 1994 wurde Kola Bankole „zur Beruhigung" zu Tode gespritzt, 1999 Amir Ageb in einem Motorradhelm erstickt.

Vor allem in Deutschland muß jede ernsthafte Opposition die Ablehnung der Nation einschließen. Der nationalen Standortlogik und dem nationalen Chauvinismus, der sich immer offener imperialistisch und militärisch ausdrückt, erteilen wir eine antinationale und antikapitalistische Absage und fordern:

- Sprengt die Festung Europa. Offene Grenzen und Bleiberecht für alle MigrantInnen und Flüchtlinge.
- Abschaffung des AusländerInnengesetzes und aller rassistischen Sonderbehandlungen.
- Entmilitarisierung, Auflösung von NATO, WEU und Bundeswehr, Kampf dem (imperialistischen) Krieg.
- Entschädigung der Opfer des NS-Faschismus.
- Zerbröselt den Überwachungs- und Repressionsapparat.
- Weg mit § 218.
- Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Stop jeglicher Forschung und Verwertung im Bereich der Atomenergie und der Gentechnologie/Eugenik.
- Solidarität mit antinationalistischen, antikolonialen sowie mit sozialrevolutionären Befreiungskämpfen.
- Je schneller desto besser: soziale Revolution weltweit!

EINLADUNG zum nächsten überregionalen Vorbereitungstreffen am

Samstag, **04. September 1999, 12 Uhr**
Schlachthof, Gartenfeldstr. 57*), 65189 Wiesbaden

*) Nähe Hauptbahnhof

Kampagne ohne Resonanz - ein spätes Resümee zur Debatte!

"Es ist soweit. Der Weltwirtschaftsgipfel ist jetzt vollständig umzingelt". Fast wie eine Siegesmeldung verkündete ein Sprecher diese Nachricht den applaudierenden DemonstrationsteilnehmerInnen am frühen Nachmittag des 19. Juni in Köln. Nur Polizei blieb völlig unbeeindruckt. Kein Wunder, wurde doch lediglich mitgeteilt, daß die christliche Erlaßkampagne ihre Menschenkette für einen Schuldenerlaß kurzzeitig geschlossen hatte, auch wenn Augenzeugen große Lücken in der Kette ausgemacht hatten. Dabei hatte die Aktion Unterstützung nicht nur von SPD-Politikern und der nordrhein-westfälischen CDU bekommen, die Bundesministerin für Entwicklungshilfe reihte sich gleich selbst für kurze Zeit mit in die Kette ein und selbst Kanzler Schröder bekundete großen Respekt für die Aktion. Kein Wunder, hatte doch die Kampagne immer betont, wie wichtig ihr eine einvernehmliche Lösung der Schuldenfrage sei und einige ihrer deutschen Vertreter bezogen sich sogar positiv auf den NS-Bankier Abs, weil der nach dem 2. Weltkrieg einen Schuldenerlaß für Deutschland ausgehandelt hatte.
Auch das Bündnis 'Köln99', daß im gleichen Tag zu einer "Demonstration gegen globale Armut, Rassismus und Krieg" aufgerufen hat, schien das nicht zu stören. Jedenfalls war selbst im linksradikalen Block kein kritisches Wort über die Erlaßkampagne, ihre Vorbilder und Bündnispartner zu hören.

Trotz großer Bündnisbreite waren es nur ca. 8000 DemonstrantInnen, die durch das sommerliche Köln zogen. Auffallend war die starke Mobilisierung von MigrantInnengruppen und der kurdischen Öcalan-Solidaritätsbewegung, die gut ein Drittel der Demo ausmachte. Die Polizei konnte bis zum Ende Gelassenheit zeigen. Während in Londons City DemonstrantInnen mehrere Bankhäuser stürmten und die Computer aus den Fenstern warfen, brannten in Köln am Ende der Demo lediglich einige in einen Einkaufswagen gestapelte Linksruck-Plakate.

Von Köln 99 -

Mit der Anti-WWG-Demo endete die Kampagne "Köln99", für die in allen Teilen der linken Szene seit letzten Herbst mobilisiert wurde. Traditionell waren die Highlights der Internationalen Gipfeldiplomatie Mobilisierungshöhepunkte der Protestbewegung und der Alptraum der Sicherheitsexperten. Schon der Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn war von heftigen Straßenschlachten begleitet. Auch die Anti-IWF-Kampagne im Herbst 1988 in Westberlin beschränkte sich längst nicht nur auf zwei Großdemonstrationen. Die GipfelteilnehmerInnen wurden sowohl bei ihren Freizeitaktivitäten als auch nachts vor ihren Hotelfenstern mit den Protesten konfrontiert. Trotz massiver staatlicher Behinderungsversuche fanden 1992 auch in der bayerischen Landeshauptstadt neben Demo und Gegengipfel auch einige unangemeldete Aktionen gegen den dortigen WWG großen Anklang.
An diese Bewegungshighlights versuchten die Kölner GipfelstürmerInnen erfolglos anzuknüpfen. Dabei fehlten es nicht an unermüdlichen OrganisatorInnen. Das waren in der Regel nicht kampfgestählte Altautonome sondern in den Auseinandersetzung um das MAI-Abkommen im letzten Jahr politisierte StudentInnen. Woran es mangelte, war das Nahumfeld anpolitisierter Menschen, die bei früheren Kampagnen temporär aktivierbar waren und den Kampagnen den nötigen Resonanzboden verschafften. Das

Fehlen hatte für die Kölner GipfelstürmerInnen weitreichende Folgen. Trotz emsiger Bemühungen wurden deren ambitionierten Pläne von einem Großteil der eigenen Szene ignoriert. In den wenigen verbliebenen linken Szenezeitschriften suchte man anders als 1988 und 1992 vergeblich nach Diskussionspapiere zum anvisierten Gipfelsturm. Dieser Szeneaktivismus wiederum veranlaßte in den Hochzeiten der Bewegung die bürgerlichen Medien regelmäßig zu meist hoffnungslos übertriebenen Aufmachern über das gefährliche Treiben der Radikalen. Auf diese kostenlose Öffentlichkeitsarbeit mußten die AktivistInnen dieses Jahr weitgehend verzichten.
Weil die Proteste so nicht diskursfähig wurden, nahm das Interesse ab, je näher der Gipfeltermin heranrückte. In Berlin hatten sich im letzten Herbst noch rund ein Dutzend Gruppen an einem als Kampagnenauftakt geplanten Seminar beteiligt. Im Mai saßen im Berliner GipfelstürmerInnenplenum (BGS) nur noch drei Gruppen.
"Der Jugoslawienkrieg hat die AktivistInnen gebunden"; war eine häufig zu hörende Erklärung für die geringe Köln-Begeisterung. Dabei hatte die Antikriegsbewegung mit den gleichen Problemen wie die GipfelstürmerInnen zu kämpfen. Auch hier kompensierten wenige AktivistInnen mit wochenlanger Schwerstarbeit die fehlende Resonanz. Der Blick auf zwei für Friedensaktivitäten traditionell ansprechbare Milieus zeigt die Anpassung an den nationalen Konsens. In den 80er Jahren waren evangelische Kirchentage Protestzentren gegen Pershing und Cruise Missiles. Wurde der damalige Verteidigungsminister Hans Apel 1981 in Hamburg von jungen ChristInnen mit Eiern beworfen, ließ sich sein Kollege Scharping 18 Jahre und einen gewonnenen Krieg später in Stuttgart vom Kirchenvolk bejubeln. Während Bundeswehrsoldaten auf dem Kirchentagsgelände in Uniform umherspazierten, klagten die auf dem Markt der Möglichkeiten mit ihren Ständen plazierten Friedensaktivisten über das Desinteresse des Publikums.
Das autonome Spektrum wiederum antwortet mit Rave-Ins, Reclaim the Street-Aktionen und Straßenfeste auf das zunehmende Desinteresse an den eigenen Demos. "Mit dem Fahrrad nach vorn - treten wir die Pedale im Zorn" lautete das Motto einer am 24.3. von Berliner GipfelstürmerInnen organisierten locker-lustigen Biker-Rallye gegen den EU-Sondergipfel, der an diesen Tag in Berlin tagte. Der angekündigte Krieg gegen Jugoslawien wurde im Aufruf mit keinem Wort erwähnt. Als Punkt 20 Uhr die ersten Bomben auf Jugoslawien fielen, war der Spaß-Event längst beendet. "So wenig Protest war noch nie gegen einen Gipfel in Berlin, wie in dem Augenblick, als Deutschland sich anschickte wieder Belgrad zu bombardieren;" schrieben Autonome in der "Interim".

-nach Hannover 2000?

Daran dürfte sich in absehbarer Zeit wenig ändern. Systemkonforme Protestbewegungen, ob gegen den Rücktransport von deutschen Atommüll aus Frankreich oder vergiftete Lebensmittel aus irgendwelchen Nachbarländern wird es weiterhin geben. Doch für Aktionen gegen Staat und Kapital werden in einer kriegsfähigen deutschen Großmacht die Luft eng. Für das Kampagnenhighlight 2000, die Expo in Hannover, fehlt sogar eine funktionierende Infrastruktur vor Ort. Die aktiven Kleinstgruppen haben sich wegen Erfolglosigkeit schon vor Jahren aufgelöst. Daher sollten sich alle AktivistInnen, die sich jetzt prompt in die nächste Kampagne stürzen wollen, erst einmal die Erfahrungen von Köln und die veränderte Situation im Kriegsdeutschland genauer zu anaylsieren.

ProKo

Keine Castorhalle! Keine Castortransporte!



Aktionstag in Lingen am 25. September `99

Seit Dezember letzten Jahres laufen die Genehmigungsverfahren für das standorteigene Zwischenlager am AKW Lingen. Die atomrechtlich notwendige Auslegungs- und Einwendungsfrist läuft vom 2. August bis zum 1. Oktober. Mit der Erteilung der Baugenehmigung für die Halle selbst ist in diesem Jahr zu rechnen. Der Baubeginn ist also schon vor Ende des atomrechtlichen Verfahrens möglich. Dieses Vorgehen wurde auch in Ahaus angewandt. Damit wäre das erste der dezentralen Zwischenlager im Bau, die die rot-grüne Bundesregierung für jedes AKW plant.

Die in der Halle geplanten 130 Castorstellplätze reichen für die Brennelemente aus etwa 50 Jahren Reaktorbetrieb. Das zeigt, daß dieses Lager nicht, wie öffentlich verkündet, dem Ausstieg aus der Atomkraft, sondern dem langfristigen Weiterbetrieb der AKWs dient.

Ausserdem hat die VEW als Betreiberin des AKWs weitere Castortransporte nach Ahaus und zur Wiederaufarbeitung nach Sellafield angekündigt. An der Wiederaufnahme der Castortransporte, die letztes Jahr wegen des Castorskandals gestoppt wurden, wird von der Atomlobby und der Bundesregierung intensiv gearbeitet.

Die Castortransporte sind aufgrund des massiven Widerstandes zur Archillesferse der Atomindustrie geworden. Zweck der dezentralen Zwischenlager ist es, mit den Castortransporten den Hauptansatzpunkt der Anti-Atom-Bewegung zu beseitigen. Mit dem Aktionstag wollen wir Druck auf AKW-BetreiberInnen und politisch Verantwortliche ausüben, um die Festschreibung des Weiterbetriebs der Atomkraftwerke durch den Bau der standorteigenen Zwischenlager zu verhindern.

Aktionstag: Samstag 25.9.99

vormittags:	Öffentlichkeitsaktionen in der Lingener Innenstadt und auf dem Wochenmarkt
13.00 Uhr:	Auftaktkundgebung vorm Tor des AKW-Lingen
anschließend:	Aktionen rund um die Atomanlagen
18.30 Uhr:	Abschlußkundgebung in Ellbergen mit Besichtigung des Castor-Transportgleises
abends:	Live-Musik und Open-Air-Kino im Camp

Für Freitag bis Sonntag gibt es ein Übernachtungscamp und während der Aktionen am AKW eine Mahnwache als Erholungs- und Rückzugsraum.

(Falls der nächste Castor in der zweiten Septemberhälfte stattfindet, wird der Aktionstag in den späten Herbst verlegt.)

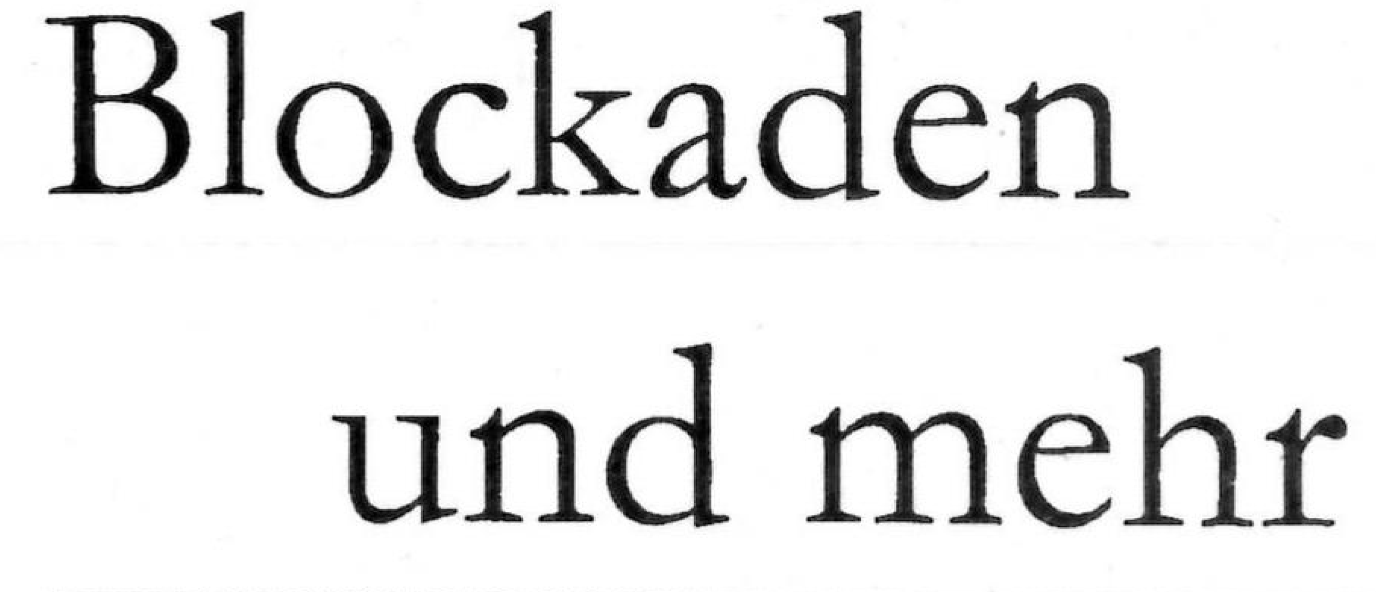
! Wichtig: Wir werden keine Aktionen auf den Schienen machen, da die Strecke am AKW stark befahren und das Betreten der Gleise lebensgefährlich ist.

Für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

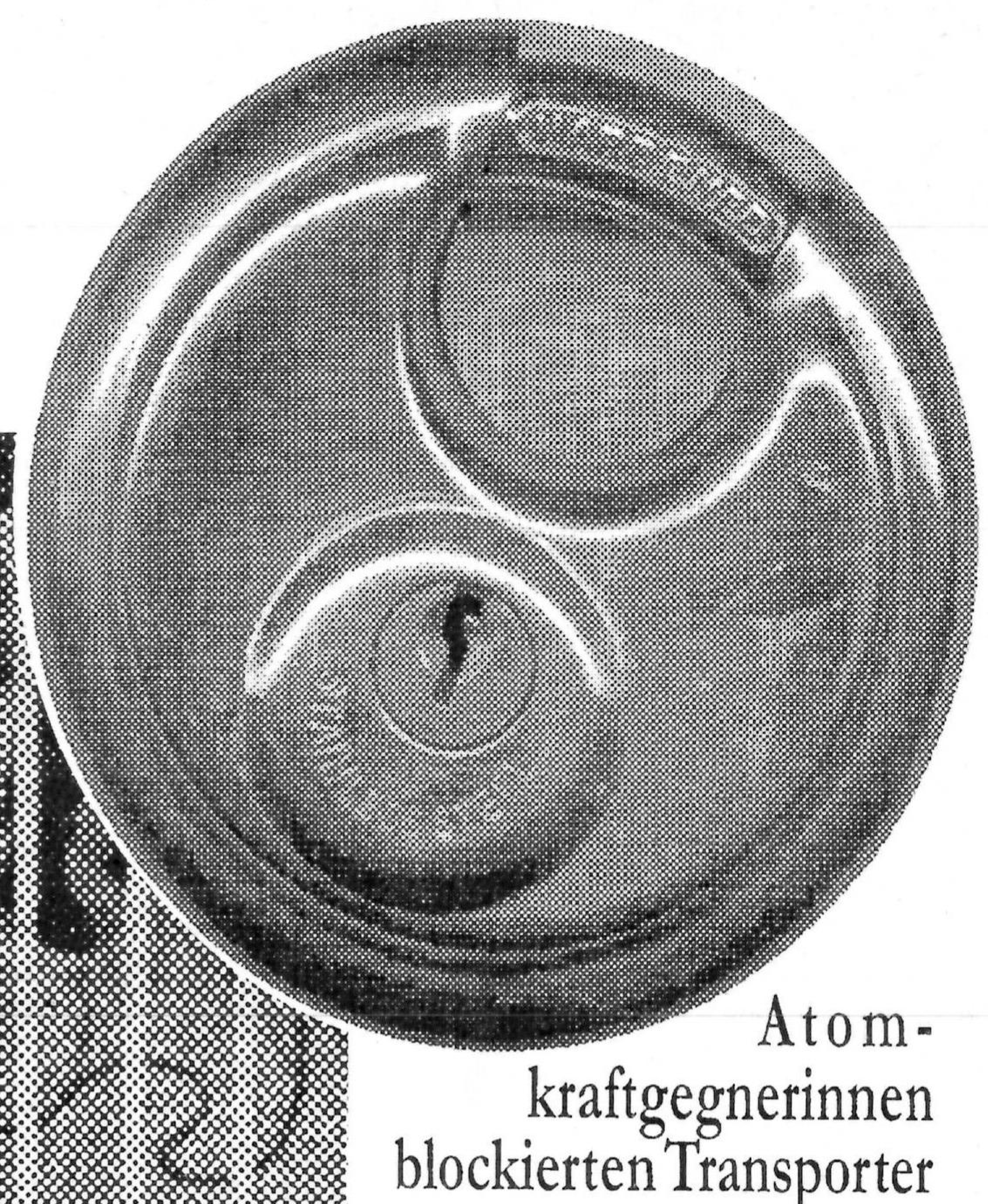
Widerstand ist nie umsonst...
Spenden: Konto 108 335 000
BLZ 280 694 94 (Volksbank Spelle)

ViSdP: Bernd Schmidt für die AG „Keine Castorhalle in Lingen" des Vernetzungstreffens Lingen
Vernetzungstreffen Lingen, Jaegerstrasse 4, 49808 Lingen, Tel: 0177/6290079

Blockaden und mehr







Atomkraftgegnerinnen blockierten Transporter

beim Transport eines Excellox von Sellafield nach Neckarwestheim

Hintergrund: Was für eine Bedeutung hat der leere Castor-Behälter?

Besagter „Leer-Castor" ist seit Mai 98 der erste wieder nach Deutschland rollende Behälter. Er soll in Neckarwestheim mit verbrauchten Brennelementen beladen werden, um in die WAA transportiert zu werden. Die Betreiber der AKWs Philippsburg, Biblis, Stade und Neckarwestheim haben bereits acht Transporte in die WAAs beantragt. Bisher ist der Transportestopp noch nicht aufgehoben, denn die Bedingung für die Wiederaufnahme der umstrittenen Transporte sind drei Gutachten, die das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat. Die ersten beiden Gutachten sind schon erstellt, das dritte steht dagegen noch aus. Die Anlieferung dieses „Leer-Castors" und seine geplante Beladung sind wesentlicher Bestandteil dieses dritten Gutachtens und damit Voraussetzung für die Wiederaufnahme weiterer Atomtransporte in der Zukunft. Die Saarbrücker Atomgegner wollen mit ihrer Blockade darauf aufmerksam machen, dass der scheinbar harmlose Transport des leeren Castor-Behälters in Wirklichkeit dazu dient, den ungestörten Weiterbetrieb der Atomanlagen sowie weitere Atomtransporte quer durch Deutschland zu gewährleisten.

„Es soll vor allem gegen die Verschleierungstaktik der Bundesregierung protestiert werden, die sich an den betriebswirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie, nicht aber am Schutz der Bevölkerung orientiert", so Markus Pflüger vom Koordinationskreis gegen Castor. Obwohl der Koalitionsvertrag einen umfassenden und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie vorsieht, wird durch das Verhalten der rot-grünen Bundesregierung offensichtlich der jahrzehntelange Weiterbetrieb sämtlicher Atomanlagen garantiert.

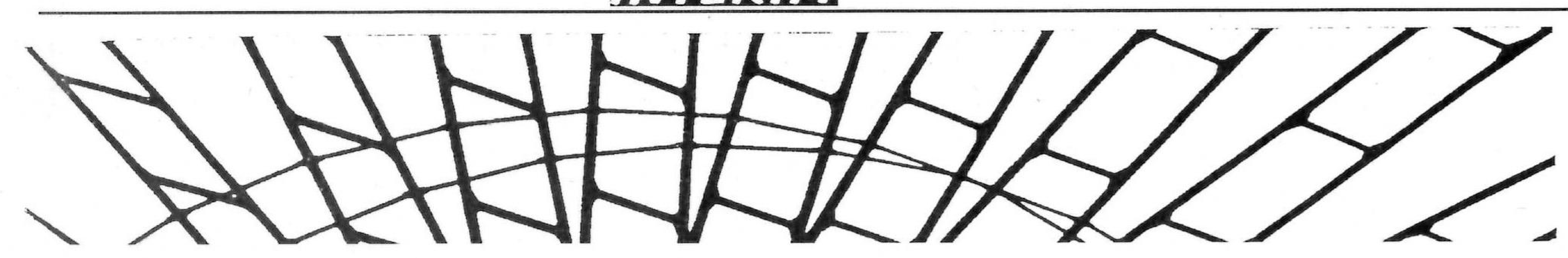
Mit dieser Aktion fordern die Atomkraftgegner den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und eine echte ökologische Energiewende „Ein Ausstieg aus der Atomenergie ist nicht eine Frage der Machbarkeit, sondern der Macht!", so Markus Pflüger. Die Durchsetzung eines schnellen Ausstiegs scheint aufgrund der begrenzten Lagerkapazitäten der AKWs nicht mehr utopisch. Etwa 6 Transporte sind in nächster Zeit erforderlich - aufgrund der zu erwartenden Proteste sind aber maximal 2 Transporte pro Jahr polizeilich durchsetzbar. Die Anti-Atombewegung will die einmalige Chance nutzen mit Hilfe der Verstopfungsstrategie die AKWs vom Netz zu blockieren.

Walheim - (ad) Etwa 35 Atomkraftgegnerinnen stoppten gestern einen Transporter zwischen Kirchhelm und Walheim. Das Fahrzeug sollte einen leeren Transpotbehälter für abgebrannte Brennstäbe im Kraftwerk Walheim abholen.

Die Demonstrantinnen des „Aktionsbündnisses Castor-Widerstand", unter ihnen die Besatzung eines Reisebuses aus dem Wendland, hielten den Transporter auf der Walheimer Höhe an. Das Fahrzeug war auf der Fahrt vom Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN) ins Dampfkraftwerk Walheim, um einen leeren Transportbehälter abzuholen. Er traf gestern per Bahn in Walheim ein. Die Demonstrantinnen setzten sich gegen 13 Uhr auf die Straße. Als der Lastwagen gestoppt war, kippten die meist jungen Leute Schmierseife auf die Fahrbahn und legten Bremsklötze unter die Räder. Laut Polizei lösten sie einen Druckluftschlauch und beschädigten einen anderen.

Die Polizei hatte rund 100 Beamte zusammengezogen. Nach dreimaliger Aufforderung, die Straße zu räumen, verließen die Blockierer nach zweieinhalb Stunden die Fahrbahn. Es kam zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Unterdessen wies der Chef des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, darauf hin, daß Atommülltransporte in Deutschland noch mindestens bis zum Jahr 2002 nötig seien.

Ludwigsburger Kreiszeitung, 12.8.99



Kriegslogik und Nationalismus

In den letzten Wochen ist - von „Antideutschen“ und aus dem Umfeld der Zeitschrift „Konkret“ - immer wieder der Versuch gemacht worden, die Berliner Autonomen Demo am 24.4.1999 gegen den Angriffskrieg der Nato in die Nähe von (ethnischen) Säuberungen zu bringen. Und zwar deshalb, weil DemonstrantInnen, die Milosevic-Bilder auf der Demo tragen wollten, darauf hingewiesen wurden, daß diese Bilder auf dieser Demo nichts zu suchen haben. Wegen dieser Aufforderung und eines Beitrages einer FrauenLesben-Gruppe, in dem nicht nur der Nato-Krieg, sondern auch die Repression der Milosevic Regierung im Kosovo verurteilt wurde, beteiligte sich eine größere Gruppe (darunter viele Menschen aus Jugoslawien) nicht an der Demo, sondern meldete eine eigene Spontandemo an. Unter der Überschrift „Freispruch für Milosevic“ bezieht sich Jürgen Elsässer im Juli-Heft von Konkret nochmal auf diese, wie er es nennt „Säuberung des Umzuges von serbischen Nationalisten“.

Jürgen Elsässer

Freispruch für Milosevic

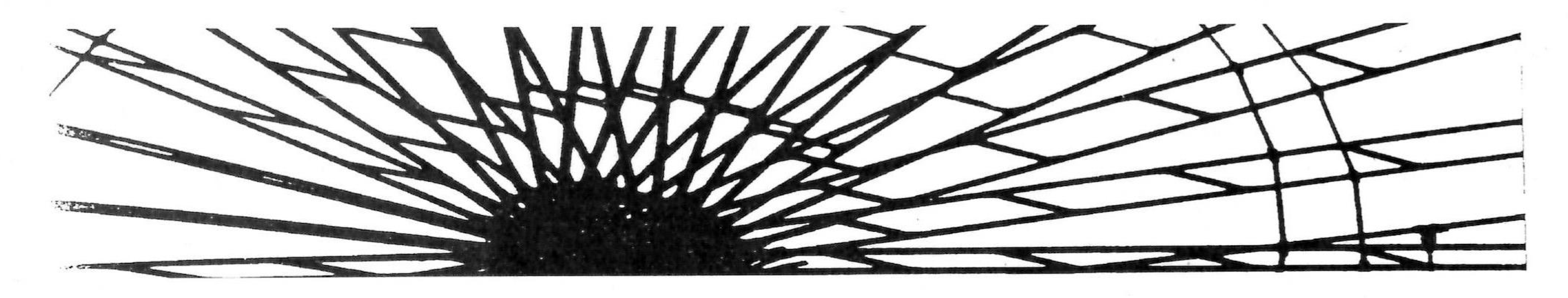
Berliner Autonome hatten wieder einmal einen guten Riecher: Als sie Ende April, nach einem Monat Krieg, endlich ihre eigene Demonstration zustandebrachten, bewiesen sie ihren Lernvorsprung vor der PDS vor allem mit der schnellen und unbürokratischen Säuberung des Umzuges von serbischen Nationalisten. Als solche hatten all jene zu gelten, die etwa ein Bild des jugoslawischen Präsidenten mit sich führten.

Daß die ostentative Trennung von Milosevic und seinem politischen Anhang ein kluger Akt der Karrieresicherung war, sollte sich vier Wochen später weisen, als der Serbe zur weltweiten Fahndung ausgeschrieben wurde. Die Anklage, ausgestellt vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, lautete unter anderem auf Deportation und Mord. Was Chefanklägerin Louise Arbour in Nürnberger Pose als Crimes against Humanity verkaufte – Nazism sells! –, fällt freilich schon auf den ersten Blick gegenüber dem historischen Vorbild deutlich zurück: Für 340 Morde soll Milosevic seit 1990 verantwortlich sein – das hatten die Eichmänner damals pro Stunde abgearbeitet.

Man sollte sich jedoch nicht auf die juristische und völkerrechtliche Verfahrenskritik beschränken. Es geht um Politik: Als George Bush Milosevic 1990 als den »Lincoln des Balkans« lobte, hatte er wohl eine Vorahnung davon, daß der andere, wie's dem einen geschehen war, von bewaffneten Separatisten in einen Kampf gezwungen werden würde, um den Erhalt des Bundesstaates zu verteidigen. Jedenfalls gehen die Toten der Sezessionskriege, ob in Vicksburg oder in Vukovar, nicht auf das Konto derjenigen, die den Status quo hatten bewahren wollen. Selbst wer diese Analogie für zu schmeichelhaft hält, wird Milosevic nichts Schlimmeres nennen können als den »Schröder des Balkans«: einen neoliberalen Sozialdemokraten mit nationalistischer Phraseologie. Im Unterschied zum niedersächsischen Parvenu hat der dienstälteste Präsident Europas allerdings keinen souveränen Staat überfallen – trotz zeitweise 700 Prozent Inflation, 60 Prozent Arbeitslosigkeit und bedeutenden Gebietsverlusten. Wetten, daß deutsche Sozis unter vergleichbaren Bedingungen bereits wieder kurz vor Paris stünden – oder in Dachau säßen?

Der französische Regisseur Claude Lanzmann hat kürzlich den Medienkrieg, der die Nato-Bombardements flankierte, als neue Dreyfus-Affäre bezeichnet, mit Serbien in der Rolle eines kollektiven Dreyfus. Zur Erinnerung: Nachdem die Rechte die Kampagne gegen Dreyfus losgetreten hatte, verweigerte die Linke lange Zeit die Solidarität – schließlich war Dreyfus ein bürgerlicher Offizier einer bürgerlichen Armee. Wollen die Reste der Linken gegenüber dem bürgerlichen Präsidenten eines bürgerlichen Staates dieses ruhmreiche Vorbild kopieren?

Bevor wir auf den Text eingehen, nochmal kurz zur Demo: Die Demo hatte das Ziel, Menschen gegen den Nato-Angriffskrieg auf die Straße zu bringen und dabei die Repression der Milosevic-Regierung und der Para-Militärs nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Auf der Demo selbst ging es zentral gegen Konzerne am Potsdamer Platz, die Träger und Profiteure des Krieges sind, wie sich auch die anderen Aktionen aus dem Spektrum der Autonomen gegen die Kriegstreiber, Profiteure und Gleichgültigen hier gerichtet haben.



Auch wenn Elsässer es stereotyp ausblendet, nicht alle Serbinnen und Serben stehen hinter Milosevic und nicht alle Kosovo-Albanerinnen und -Albaner sind für den Natokrieg. Viele von ihnen leben in der Bundesrepublik und wehren sich dagegen, in die klassische Kriegslogik, alle Serben = Milosevic - alle Kosovo-Albaner = Nato eingebunden zu werden. So ist auch die Empörung von zwei älteren Migranten zu verstehen, die, als die Milosevic-Bilder auftauchten, sofort zum Lautsprecherwagen kamen und die Entfernung der Bilder verlangten. Die „Frauen in Schwarz" und andere Antikriegsgruppen, die schon seit Jahren in Jugoslawien gegen die Kriegspolitik der Milosevic Regierung protestieren und Deserteure unterstützen, haben sich auch durch Natobomben auf Belgrad nicht dazu bringen lassen, hinter Milosevic-Bildern zu demonstrieren. Tausende haben gegen die Kriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Hercegowina demonstriert und widersetzen sich den ethnischen Zuordnungen. Sie haben die Militarisierung der Gesellschaft in den letzten 1o Jahren, haben die Vergewaltigungen und Morde und die soziale Ausplünderung im Windschatten der Kriege angegriffen. Die Natoangriffe verschärften die soziale Situation insbesondere der Menschen im Kosovo in unerträglicher Weise. Eine Frau aus dem Kosovo faßte das so zusammen: wir sind verzweifelt, in der Luft die Nato und am Boden Milosevic.
Zumindest für einen großen Teil der Leute, die die Demo vorbereitet haben, ging es darum, diese Position rüber zubringen und möglich zu machen, daß auch und gerade Oppositionelle, die hier leben, einen Platz in der Demo haben. Bilder von Milosevic haben dabei sowenig zu suchen, wie Embleme der UCK, oder Gruppen von deutschen Nazis, die die ethnisierende Politik der Milosevic Regierung unterstützen.
Eine solche Demo zu organisieren, die sich gegen Nationalismus, Militarisierung und Krieg richtet, mag den Freund-Feind-Denkern ein Dorn im Auge sein. Dieser Inhalt der Demo bleibt uns wichtig, auch wenn - wie sich Elsässer ausdrückt -„serbische Nationalisten" dann nicht mitgehen. Falsch war und berechtigt wird kritisiert, daß die Aufforderung zu den Milosevic-Bildern, weder auf serbokratisch noch auf deutsch vermittelt wurde. Die Demo zog los, ohne den Konflikt öffentlich zu machen.

Zurück zu Elsässer. Sein Problem ist, daß er das Zusammenspiel von Kriegspolitik der Nato-Länder und der Politik der Serbisierung der Milosevic-Regierung nicht wahrhaben will. Die Regierungen der Nato-Länder, allen voran die Bundesrepublik, haben mit ihrer Politik der Destabilisierung Jugoslawiens entlang ethnischer und nationaler Linien gezielt die Lunte für die Kriege gelegt. Sie haben dabei fest damit rechnen können, daß diese Lunte auch zünden würde, solange Tudjman (in Kroatien) und Milosevic an der Macht sind.
Dagegen versucht Elsässer mit einer Art „Opfer"Nationalismus die Beteiligung Milosevic an der ethnischen Gewaltspirale nicht nur herunterzuspielen, sondern auch noch zu rechtfertigen. Wenn er schreibt, daß die Toten eines Sezessionskrieges (d.h. Krieg um nationale Abspaltung) „jedenfalls nicht auf das Konto derjenigen gehen, die den Status quo bewahren wollen" und deshalb Freispruch für Milosevic fordert, dann läßt das nicht nur einen tiefen Blick in sein nationalistisches Staatsverständnis zu, sondern ist in Bezug auf Milosevic schlicht falsch. Unter Milosevic hat Anfang 1990 die „Serbisierung" des Kosovo begonnen, in dem AlbanerInnen aus öffentlichen Stellen entfernt und durch SerbInnen ersetzt wurden. Das Kosovo wurde unter - serbische - Militärgewalt gestellt. Auch im Krieg in Bosnien-Hercegowina wurde nicht um nationale Einheit, sondern um die kroatische bzw. serbische Oberhoheit über das Territorium gekämpft.

Elsässer adelt den gewaltsamen Nationalismus, um den Nato-Angriffskrieg umso schärfer verurteilen zu können. Es kann ihm aber doch nicht entgangen sein, daß die Destabilisierung von Regionen - indem ethnische, nationale und religiöse Konflikte geschaffen bzw. geschürt werden - Strategie der Nato-Länder ist, um später kriegerisch intervenieren zu können (in der Propaganda heißt das dann „humanitärer" Minderheitenschutz). Elsässer stellt sich nicht auf die Seite derjenigen, die in Jugoslawien gegen diesen Prozeß der Ethnisierung und Militarisierung gekämpft haben, sondern versucht seine LeserInnen für einen kriegerischen Nationalismus á la Milosevic zu gewinnen.

Für uns ist von zentraler Bedeutung, gegen jede Kriegspolitik hier den Widerstand zu verbreitern und auf die Straße zu bringen. Dringend notwendig ist eine Analyse, aus welchen Gründen die Antikriegsbewegung hier so schwach gewesen ist. Neben den vielen Ursachen, die innerhalb der Linken selbst zu suchen sind, wurde die Möglichkeit, gemeinsam mit Deserteuren, Flüchtlingen und KriegsgegnerInnen aus Jugoslawien Aktionen zu organisieren, viel zu wenig wahrgenommen. Erst im Verlauf des Krieges entwickelten sich die ersten Kontakte. Auch mit Blick auf die oben erwähnte Kriegsstrategie der Nato wird es in Zukunft darauf ankommen, schon vor dem Krieg Verbindungen zu den Menschen zu suchen, die sich gegen Militarisierung und Krieg zur Wehr setzen. Deshalb werden wir dabei bleiben, die Kriegstreiber hier anzugreifen und die zu unterstützen, die gegen Nationalisierung und Krieg kämpfen.

(Auf den unsäglichen Vergleich, daß Milosevic ja nur 34o Morde vorgeworfen werden, die „die Eichmänner damals pro Stunde abgearbeitet" haben, ersparen wir uns in diesem Text einzugehen).

Einige TeilnehmerInnen der Demo vom 24.4.1999

1. September 1939 – Der Überfall auf Polen

Kriegsvorbereitung und Ziele der faschistischen Okkupation



Ausstellung vom 2.9. bis 12.11.1999

„Ab 5.45 Uhr wird zurückgeschossen", hieß es im großdeutschen Rundfunk. Johlend rissen die deutschen Soldaten die Grenzpfähle zum polnischen Nachbarland nieder und überfluteten das Land mit Tod, Vernichtung und Chaos. „Zurückgeschossen" wurde nach einem von den Faschisten inszenierten „Überfall" auf den Gleiwitzer Sender durch in polnische Uniformen gezwungene KZ-Häftlinge, die man auf den Stufen zum Sendegebäude niederschoß.

Veranstaltungsprogramm Teil 1:

Beginn der Veranstaltungen jeweils um 19.30 Uhr

Do. 2.9. **Ausstellungseröffnung** mit Ausschnitten aus dem Dokfilm: „Berlin im Jahre 1939" und Gespräch mit der polnischen Journalistin **Kristina Usarek**, die im Ravensbrück inhaftiert war, über ihr unveröffentlichte Buch **„Das Echo ihrer Stimmen – 1500 Tage Okkupation"**.

Fr. 3.9. **„Europa an der Schwelle zum 21. Jahrhundert-Militärbündnis oder gute Nachbarschaft"**. Vortrag und Diskussion mit **Dr. Ciesielsky**, Abgeordneter der SLD im polnischen Parlament. Beginn 19 Uhr! Eine Veranstaltung der VVN-VdA.

Do. 9.9. **„Die Rechtfertigung des Krieges 1939 und 60 Jahre später"**. Gespräch und Diskussion mit **Prof. Dr. Kurt Pätzold**, Historiker in Berlin.

Mo. 13.9. **„Grenzstrasse"**, Polen1947, Regie Aleksander Ford, 115 Min, OmU. Der 1948 in Venedig ausgezeichnete Spielfilm, mit dokumentarischem Material ergänzt, zeigt das Leben in einem Mietshaus in Warschau, das sich schlagartig mit dem Einmarsch der deutschen Armee ändert.

Do. 16.9. **„Der Fall Weiß: Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges"**. Gespräch und Diskussion mit **Gerd Kaiser**, Dipl. Militärhistoriker.

Spendenaufruf

zur Finanzierung eines Farbbeutels gegen den Krieg

Wir rufen euch auf, auf das unten genannte Konto Geld zu spenden. Dieses Geld dient der Finanzierung eines Farbbeutels auf Außenminister J. Fischer sein Ohr. Das bedeutet die Finanzierung der juristischen Arbeit und damit verbunden einer breiten, offensiven, unabhängigen und radikalen Öffentlichkeitsarbeit !

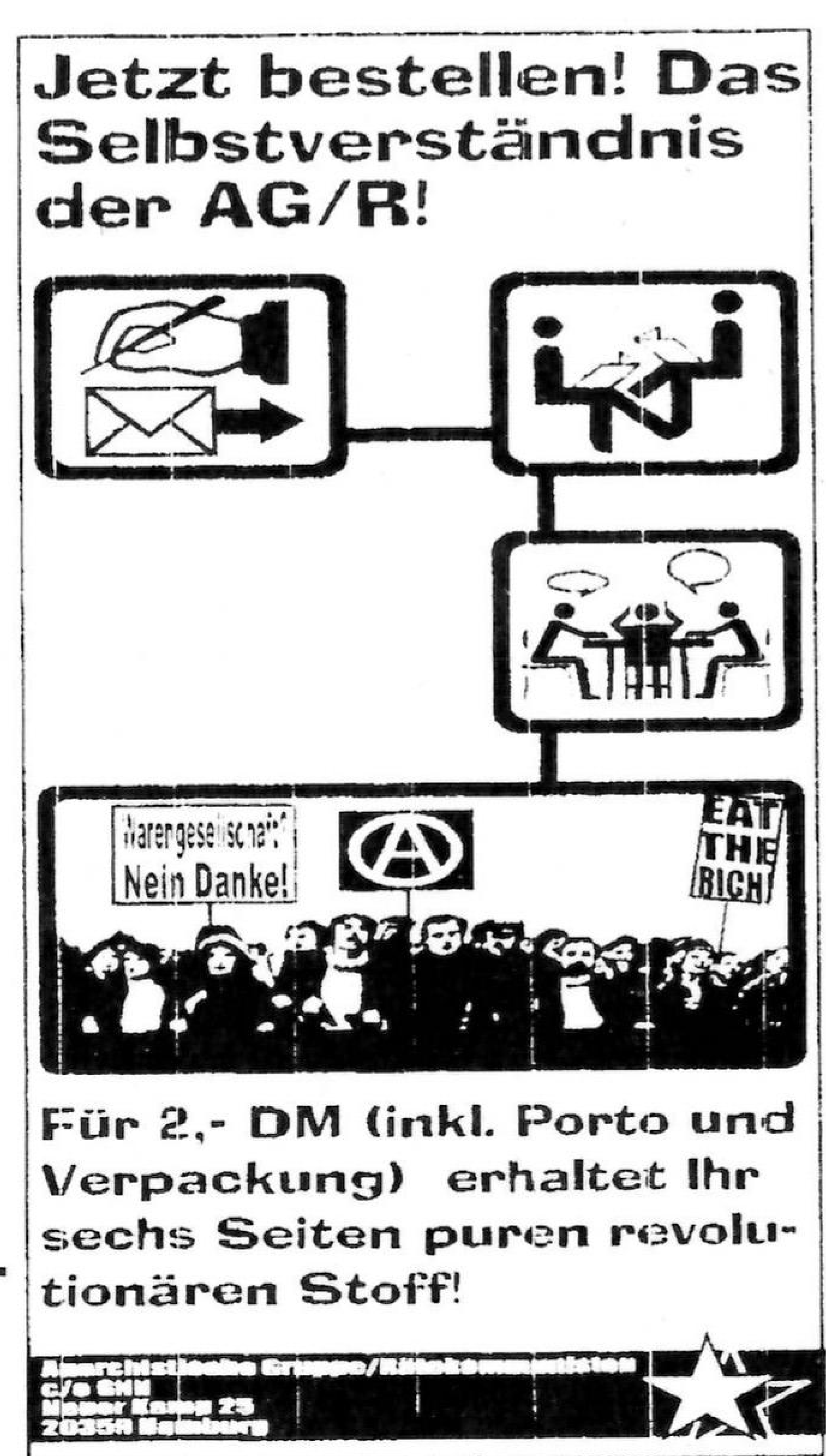
Sollte am Ende dieses Prozesses noch Geld übrig sein, werden wir es weiterleiten an den Ermittlungsausschuß Berlin zur Unterstützung anderer Aktivitäten gegen den Krieg .

Prozesskostenkonto des Ermittlungsausschuss Berlin :

Konto Nr. 20610 - 106
Postbank Berlin,
BLZ 100 100 10
Stichwort: AUFPRALL



OB MIT ODER OHNE ROCK ,
RADIKAL GEGEN DEN KRIEG !



28.08.99 12h
Demo und Knastkundgebung in Hamburg Protestmarsch von der Sternschanze zur UHA Holstenglacis gegen die §129a-Prozesse gegen Sympathisanten der DHKP-C; ***Treff: U-Bahnhof Sternschanze***

29.08.99 14h
Beats against Fascism Antifa-Open-Air mit FReundeskreis, Blumfeld, Die Sterne, Steakknife, Miozän, Blochin 81 Eintritt: Vvk: 20DM, Abk: 25DM ***in Straußberg, Flugplatz***

29.08.99 20h
Ostblockabend Vokü (Soljanka ohne Wurscht), Film: Tschechisches Märchen
Russische Schokolade und schöne Musik ***Schlampenbar, Rigaerstr. 94, F-Hain***
Women only

01.09.99 18h
Demo zum Antikriegstag 99 Deutsche Träume platzen lassen - Krieg dem Krieg ***vom Rosa Luxemburg Platz zur Neuen Wache***

02.09.99 20h
No Olympic Veranstaltung mit Film über die NOlympic-Kampagne/Aktionen von '94 in Berlin Solidarität mit dem AOK ***D-Day, im AZ Mühlheim***

02.09.99 19h
Darkwave und Rechtsextremismus mit Referenten vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. Eine Veranstaltung des Bildungswerkes Berlin der Heinrich Böll-Stiftung ***Kato (U-Bahnhof Schlesische Str.)***

04.09.99 12h
Antifa-Demo gegen das Nazizentrum in Eschweiler-Dürwiß (Kreis Aachen), anschl. Konzert und Kulturschock ***Treff: Eschweiler Talbahnhof - siehe auch Flugblatt im Heft***

04.09.99 14h
Antifa-Demo Fürstenwalde/Spree „Den rechten Vormarsch stoppen! Schluß mit dem Naziterror in Fürstenwalde!" ***Treff: Fürstenwalde Bahnhof***

04.09.99 12h
Häuserkampf heißt Fußballspielen Reclaim the Mariannenplatz
13h Anstoß zum Fußballturnier ***Mariannenplatz, X-Berg***

04.09.99 20h15
Ball der einsamen Köpfe Tombola der Zerrissenheit Ballnacht in den Räumen der Freien Kultur Aktion e.V. ***A-Laden, Rathenower Str. 22***

05.09.99 15h
LesbischSchwulTransVerqueerer Tag Kaffee, Kuchen, Törtchen, Tratsch
18h antimilitaristischer Repressionstango
19h lecker Essen
20h Diskussionsveransaltung zum Thema: Krieg, Flucht und Perspektive von Widerstand ***im Ex, Gneisenaustr. 2a, X-Berg gemischtes Publikum***

10.09.99 - 12.9. '99
Spektakel '99 der JungdemokratInnen/Junge Linke NRW *„Dies ist nicht die Freiheit die wir meinen"* u.a. mit Podiumsdiskussion zu „50 Jahre BRD-Kontinuität oder antifaschitischer Staat" ***Kongress in Dortmund, Anne-Frank Gesamtschule***

11.09.99 13h
Antifa Demo Berlin-Weißensee „Gemeinsam dem rechten Vormarsch entgegentreten! Vandalen zurück in den Sumpf!" ***Treff: S-Bahnhof Greifswalder Str.***

11.09.99 22h
Heißer Herbst Party Antifa- Soli ***im Ex, Gneisenaustr. 2a, X-Berg***

12.09.99 FrauenLesben Tag
12h Frühstücksbüffet
19h Abendessen
20h Film: Was hat Hamburg nur mit Euch Frauen gemacht? (1992, 90 min.) ***im Ex, Gneisenaustr. 2a, X-Berg***

18.09.99 12h
Antifa-Demo in Hamminkeln (NRW) ***Treff: Hamminkelner Marktplatz Infos unter: 0170/2621814 o. 0171/945305***

25.09.99
Aktionstag in Lingen Keine Castorhalle! - Keine Castortransporte! ***siehe auch Flugblatt im Heft***

25.09.99 13h
Nachbereitungstreffen der Aktionen gegen die Gipfel in Köln das Linksradikale Anti-EU/-WWG-Plenum schlägt folgende Themen vor: -Auswertung der linksradikalen Anti-Gipfel-Kampagne -die Vorstellung der während des Kongresses vom 4.-5. Juni diskutierten Möglichkeiten für eine Fortsetzung der Arbeit des linksradikalen Bündnisses -die generelle Perspektive eines solchen überregionalen Zusammenschlusses -einige Folgeprobleme der Anti-Gipfel-Kampagne (u.a. Repression, Finanzen ...) ***im „Unikum"(Asta-Cafe);Universitätsstr. 16a, 50937Köln***

03.10.99
Den nationalen Konsens sprengen! Kampf dem imperialistischen Krieg! antinationale Demo in Wiesbaden ***siehe auch Demo-Aufruf im Heft***

Vorankündigung: Im September werden einige companer@s der Gruppe Solidari@s con Itoiz (Navarra, Baskenland) unter anderem auch nach Berlin kommen. Sie wollen gegen das illegale Staudammprojekt von Itoiz und gegen die Gefängnisstrafen, die gegen 8 ihrer companer@s wegen Kappung eines Stahlkabels verhängt wurden, protestieren.


UND ALS DER ZUG DANN KAM, SO MIT 800 BIS 1000 STUNDENKILOMETERN, BLIEB ER AM „SPEZIAL-PIRATEN-ENTER-ANKER" HÄNGEN, VERHEDDERTE SICH, RISS SÄMTLICHE OBERLEITUNGEN EIN UND BLIEB STEH'N. HÖHÖ!
KRONSCH BROTZEL BOLLER
DER ZUG MUSSTE VOR ANKER GEH'N!
DA WAR DER ZUGFÜHRER ABER SAUER, WAS?
NÖ, DER WAR OHNMÄCHTIG. ABER DIE VIELEN ZUGBESCHÜTZMÄNNER WAREN GANZ SCHÖN GEREIZT.
GGRRRRRRRR
FANGEN KONNTEN SIE UNS JEDOCH NICHT, DA SIE VON DEM RADIOAKTIVEN ZEUGS SCHON VÖLLIG VERSTRAHLT UND VERFORMT WAREN UND NICHT MEHR SO RICHTIG LAUFEN KONNTEN.
SCHLACKER SCHLACKER
SEIT DIESEM TAGE GEHEN IMMER WIEDER ZÜGE MIT RADIOAKTIVER LADUNG VOR ANKER. UND UM MICH UND HAIN SCHNÖD UND DIE TOLLE IDEE MIT DEM „SPEZIAL-PIRATEN-ENTER-ANKER ZU WÜRDIGEN, HINTERLASSEN DIE HEUTIGEN PIRATEN GELBE SCHILDCHEN MIT DER AUFSCHRIFT: TAG X, UND SO WEITER AM TATÖRTCHEN; ALS HULDIGUNG AN DEN TAG X, ALSO DEN ERSTEN ANKERWURF SO ZU SAGEN.
CASTORALARM TAG
X
WIR STELLEN UNS QUER!
OB DAS MAN STIMMT ...
SO, UND JETZT HUSCH, HUSCH, AB IN'S BETTCHEN.
PRIMA, DIE EKELCHEN SCHLAFEN UND ICH GENEHMIGE MIR NOCH EIN SCHÖNES GUTE-NACHT-PFEIFCHEN.
Kastor Alarm-Tach
F
Wir stellen uns vor.
FREI NACH W. MOERS